Was man so zwischen den Zeilen findet

In der „Roten Fahne" vom 4. November ist eine Polemik gegen die verfluchte russische Opposition zu finden. Diese Polemik wird der „Roten Fahne" von Moskau zugeschickt. Es heißt dort, daß nun in der Prawda die Parteidiskussion zum 15. Parteikongreß eröffnet, und auch die Opposition zur Diskussion zugelassen sei. Man gibt aber wohlweislich nichts in der „Roten Fahne" wieder, sondern beschränkt sich auf jene arrogante Art, mit einigen schnoddrigen Redensarten etwas abzutun, wovon in der Leser keine Zeile kennen braucht, um selbst ein Urteil fällen zu können. Wie man sich jedoch auch dabei verbettern kann, zeigt gerade dieser Artikel. Es wird dort nämlich folgendes Kauderwelsch zusammen gemengt:

„Der organisatorische Erfolg der Opposition ist also minimal. Und der ideologische? In dem „Diskussionsblatt", der „Prawda" treten als Wortführer der Opposition die Genossen Smilga und Jewdokimow auf. Charakteristisch ist, mit welchen Mitteln sie arbeiten. Sie suchen politisches Kapital für sich zu schlagen aus den ökonomischen Schwierigkeiten der Sowjetmacht. Für sie existieren all die Errungenschaften wirtschaftlicher Natur nicht, von denen jedes Wort des einfachen Arbeiters durchdrungen ist. Sie sehen in panikartiger Furcht nur die Schwierigkeiten. Smilga ist wie hypnotisiert von dem Ausstellen der Moskauer vor den Lebensmittelgeschäften. Er will diese Tatsache zum Ausgangspunkt der Revision der gesamten Wirtschaftspolitik machen. Wie stehen die Dinge in Wirklichkeit? Die Sowjetmacht und die Partei hat niemals ein Hehl gemacht aus dem Warenhunger, der zu den größten Schwierigkeiten der Wirtschaftspolitik gehört. Dieser Warenhunger läßt sich gewöhnlich jeden Herbst, wenn die Verkehrsverhältnisse auf dem flachen Lande die Zufuhr der landwirtschaftlichen Produkte an die Eisenbahnstationen besonders behindert, am meisten fühlen. In diesem Jahr kam zu dem üblichen Warenhunger die sogenannte „Kriegsangstfrage" hinzu: Die drohende Kriegsgefahr und die Antikriegspropaganda der Sowjetpresse hatten zur Folge, daß die Bauern Zucker, Tee und andere Produkte zu hamstern anfingen. Der Warenhunger hat ferner seine Ursache darin, daß der Konsum der Massen ungeheuerlich gestiegen ist. Aber es wäre falsch, wenn man behaupten wollte, wie es die Opposition tut, daß diesem Warenhunger im Steigen begriffen sei. Im Gegenteil, die letzthin erschienenen „Kontrollziffern" zeigen, daß das Warenangebot für das Jahr 1927-28 um 7,7 Prozent steigt, während die Nachfrage um 5,1 Prozent gestiegen sein wird.

Im übrigen sind jetzt schon die Polonaisen vor den Lebensmittelgeschäften im Schwinden begriffen. Die Nachfrage nach Zucker und Salz (die Bauern hamsterten aus Angst vor dem Kriege Salz in geradezu lächerlichen Mengen) wird gedeckt, ebenso nach Butter usw. Charakteristisch bei dem Lebensmittelmangel ist übrigens, daß in den Wochen, wo in den Kooperativen (Genossenschaft) Zucker und Salz fehlte, in dem Privatladen die Produkte zu haben waren. Der Moskauer Konsument zieht es aber vor, eine Stunde lang im Herbstregen und dickem Kot vor dem Laden des Kooperative sich anzustellen, als bei dem Privatmann auf dem Markte zu kaufen. Das war auch der Grund, warum der Privathandel noch über gewisse Mengen von Produkten verfügte."

Wir möchten doch zu gern einmal wissen, ob diese Leninisten an den „ideologischen Erfolg" ihres Unsinns bei den Menschen glauben, die nicht vollkommen idiotisch oder durchgedreht sind. Unterstreichen wir dieses Geschreibsel kurz:

Woher können denn die Bauern den Tee und den Zucker und andere Produkte hamstern, bei einer derart bis ins kleinste „kontrollierten" Planwirtschaft, von der man den deutschen Proleten dauernd erzählt? Woher können denn die Bauern so viel, geradezu „lächerliche Mengen" Salz hamstern, das doch nicht von den Bauern, sondern von der „sozialisierten Industrie" hergestellt wird? Warum sind in den Privatladen alle Produkte zu haben und warum nicht in den Konsumgenossenschaften? Weil mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft, die unverehrlich ist mit den Interessen der Bauern und des Privatkapitals, jede Regulierung der Warenverteilung unmöglich ist, und alle Regierungsdekrete nicht das Papier wert sind, auf dem sie gedruckt sind. Wenn man den Arbeitern jedoch für die tatsächlichen Zustände eine Erklärung vorzusetzen wagt, wie am Schlusse des obigen Zitats, so muß wohl jeder Arbeiter, der noch denken kann, mit uns übereinstimmen, daß man hier, um der Wahrheit auszuweichen, in vollkommene Idiotie verfällt. Wo gibt es einen Menschen in der Welt, der stundenlang im Dreck steht, nur um „seine" Ware von „seiner" Kooperative zu erhalten, wo er sie nebenan nur mitnehmen braucht, und genau sein Geld bezahlt, wie bei „seiner" Kooperative. Aber der Leninismus eröffnet hier eben ungeahnte Perspektiven, wie Bauern hamstern. Der Privathandel schnappte den Genossenschaften alles vor der Nase weg, weil er viel beweglicher, elastischer, weniger bürokratisch ist, wie die Kooperative. Er macht gute Geschäfte, und die Bauern pfeifen auf das „Blindnis" und lassen, wenn die Gefahr im Verzuge ist, ihren „Bruder" in der Stadt verhungern. Das alles rührt den „Konsumenten" in der Stadt nicht. Er boykottiert den „Privathandel" und wenn er selbst unsonst stundenlang im Dreck steht. Welch unglaubliche Blödheit! Wir wollen hier nicht von den Absichten der Opposition reden, wir haben das schon des öfteren getan, und werden das auch weiter tun. Aber wir möchten bei der Gelegenheit fragen:

Wäre es nicht ganz nett gewesen, unter die vielen Jubiläumsphotographien über das russische Arbeiterparadies nicht wenigstens ein paar solche aus der Wirklichkeit zu bringen? Müßte der Heldenmut der „Moskauer Konsumenten" im Kampf gegen das Privatkapital nicht eine ungeheure Begeisterung auslösen?

Der Parteitag der SPOe.

Die österreichische Sozialdemokratie ist bekanntlich die „ehrlichste", „beste" und „radikalste". Sie ist so „radikal", daß sie eine Zeit lang nicht mal der 2. Internationale angehörte, sondern eine eigene, eine 2½ Internationale aufmachte, bis die Arbeiter in dieser so breit geschlagen waren, daß die SPOe. ohne nennenswerten Verlust in die Internationale der Noskiten aller Länder hinüber bugsiert werden konnte.

Die SPOe., die lange die Regierung bildete — solange die Arbeiter eine Gefahr für den Kapitalismus waren — begann, im Kapitalismus den „Sozialismus" aufzubauen, „Sozialismus", wie ihn die Austro„marxisten" verstanden. Der Wiener „Gemeindesozialismus" (siehe „Proletarier" Nr. 8, Jahrgang 1927) ist ja „berühmt" genug als daß man sich noch darüber auslassen müßte. Der „Sozialismus marschierte" in Oesterreich so rasend, daß sich ihm am 15. Juli d. J. das österreichische Proletariat in seiner Gesamtheit mit Waffengewalt entgegenstellen mußte, um nicht von ihm überwältigt zu werden.

Die Arbeiter verbrannten den Justizpalast, eroberten Polizei- und andere Amtsgebäude, kämpften mit der Waffe in der Hand. Ihnen gegenüber aber standen Gewerkschaften und Sozialdemokratie, vertreten durch Polizei und Reichswehr, stand der leibhaftige österreichische „Gemeindesozialismus". Und auf dieser Seite, auf der anderen Seite der Barrikaden, gegenüber dem kämpfenden Proletariat, waren die Waffenarsenale, die monarchistischen Generale, die Schober und Seipel, die Reiner und Bauer, die Junker und Pfaffen, die straff organisierte Polizeigewerkschaft, die durch Sozialdemokratie und Gewerkschaften in die Reihen der Arbeiter getragene Zwietracht.

Die hundert Proletarierleichen modern in der Ende, hunderte der zu Krüppeln geschossenen Kämpfer aus der vordersten Front heilen ihre Wunden, die Zuchthäuser sind überfüllt, und immer noch wütet die Justizguillotine und wirft klassenbewußte Arbeiter in die Kerker, weil der „Sozialismus marschiert". Sozialdemokratie und Gewerkschaften behaupten nun allerdings, dies sei das Werk der Schober und Seipel, der Pfaffen und Junker.

Und jetzt kommen wir zum Wiener Parteitag der SPOe., dessen Hauptdebatte sich darum drehte, ob sich die österreichische Sozialdemokratie mit diesen selben Seipel und Schober, mit den Pfaffen und Junkern koalieren soll oder nicht, ob Sozialdemokratie und Gewerkschaften, Christlich Soziale und Landbund eine Regierung bilden sollen oder nicht.

Die österreichische Sozialdemokratie hat eine Rechte und eine „Linke" und außerdem noch eine „Opposition". Die Rechte vertritt Renner, die „Linke" Bauer. Da nun die gesamte SPOe. „radikal" ist — um die Arbeiter einzulullen — ist auch ihre Politik „radikal" und ihre Worte, das geht aus dem Antrag der Partei vom 7. September d. J. hervor, der sich richtet:

„Gegen die blutbefleckte Reaktion! Gegen die Regierung des Arbeitermordes! Gegen die Schoberei (Massenmord vom 15. Juli!) Gegen den Terror im Heer und in der Gendarmerie! (!!) Amnestie für die Julioper!"

Und was empfiehlt die SPOe. den Arbeitern gegen Arbeitermord, Reaktion, Terror, Schoberei, für die Befreiung der Eingekerkerten? Auch das steht in dem Aufruf:

„Mittel der Demokratie" und „Geistige Waffen!"

Stimmzettel und die seichte Lektüre der Wiener Arbeiterzeitung, die Broschüren der Renner und Bauer und das fade Gewäsch der austro„marxistischen" Schule gegen Kanonen und Dum-Dum-Geschosse gegen Kirche, politische Macht der Bourgeoisie, gegen den Wirtschaftsapparat, gegen Polizei und Reichswehr, Stimmzettel gegen den massenmordenden Kapitalismus!

Um die Futterkrippen an der Regierung buhlten die sozialdemokratischen Götter schon lange. Die Pfaffen und die Junker verlangten dafür aber Futterkrippen an dem „Gemeindesozialismus" in Wien, wo die Sozialdemokratie alleine das Recht der Proletarierausbeutung und der Proletarierniederknüppelung besitzt.

Die Sozialdemokratie pendelt nun zwischen Skylla und Charybdis. Auf der einen Seite das Proletariat, das zu weiteren Schlägen wie am 15. Juli ausholen könnte und auf der anderen Seite Junker und Pfaffen. Das Proletariat, hoffte sie, werden die Gewerkschaften in Schach halten, ohne die Hilfe der Junker und Pfaffen ist aber ihr Machtstreben gehemmt. Deshalb versucht die SPOe. eine Verbrüderung mit Christlich Sozialen und dem Landbund gegen das Proletariat.

Herr Renner hatte mit einer Versammlungsrede eine Koalition der Sozialdemokratie mit dem Bürgerblock empfohlen und vertrat diese auf dem Parteitag mit einer großen Rede. Herr Bauer fürchtet, daß die SPOe. dadurch noch weitere Arbeitermassen verliert und trat Renner „entgegen". Herr Bauer legt dar, daß und warum für den Augenblick eine Koalition eine psychologische Unmöglichkeit sei. Grundsätzlich hat er die Koalitionspolitik nicht abgelehnt.**) Auch Herr Bauer stellte in Wien den Grundsatz auf: „Keine Demonstrationen, die zu gewaltsamen Zusammenstößen führen könnten, kein Streik in lebensnotwendigen Betrieben ohne Einverständnis der gewerkschaftlichen Gesamtorganisationen.**) Die Rechte und die „Linke" und sich also einig im Arbeiterverrat, einig mit Pfaffen und Junkern, einig mit den Ausbeutern. „Denn der Gedankengang Renners ist von dem Otto Bauers weniger durch seine Grundsätzlichkeit verschieden als durch die Reihenfolge und die Betonung.**)

Und erst die „Opposition"! Sie steht auf dem Boden des Programms, dem sog. Linzer Programm, kautschukartig nach dem Grundsatz, je dehnbarer desto besser. Die schönste Stelle dieses Programms lautet:

„Nur wenn die Arbeiterklasse wehrhaft genug sein wird, die demokratische Republik gegen jede monarchistische oder faschistische Gegenrevolution zu verteidigen, nur wenn das Bundesheer und die anders bewaffneten Korps des Staates auch dann die Republik schützen werden, wenn die Macht in der Republik durch die Entscheidung des allgemeinen Wahlrechts in die Hand der Arbeiterklasse fällt, nur dann wird es die Bourgeoisie nicht wagen können, sich gegen die Republik aufzulehnen, nur dann wird daher die Arbeiterklasse die Staatsmacht mit den Mitteln der Demokratie erobern und behaupten können.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei muß daher die Arbeiterklasse in ständiger organisierter geistiger und physischer Bereitschaft zur Verteidigung der Republik erhalten, jede engste Gelstesgemeinschaft zwischen der Arbeiterklasse und den Soldaten des Bundesheeres pflegen, sie ebenso wie die anderen bewaffneten Korps des Staates zur Treue zur Republik erziehen und dadurch die Arbeiterklasse die Möglichkeit erhalten, mit den Mitteln der Demokratie die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu brechen.

Wenn es aber trotz allen diesen Anstrengungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei einer Gegenrevolution der Bourgeoisie gelänge, die Demokratie zu sprengen, dann könnte die Arbeiterklasse die Staatsmacht nur noch im Bürgerkrieg erobern."

Herr Bauer, der „Linke", hat das zusammengefaßt in den Satz:

„Demokratisch, solange wir können, Diktatur nur, wenn man uns zwingt!" (Protokoll S. 272).

Die Opposition ist also der eigentliche Schützer der Republik, dieser österreichischen Hakenkreuzlerrepublik, die am 15. Juli die Arbeiter wie Hasen zusammenschoß, die das beste proletarische Element jetzt in den Kerkern vermodern läßt. Die „Opposition" konnte ihr Programm sehr gut in einer Zeile ausdrücken:

Je mehr man uns auspeitscht, desto mehr lecken wir unsern Peinigern die Stiefel.

Die „Opposition" versteht sehr gut, daß das Proletariat sich desto besser für die „Mittel der Demokratie" breitschlagen läßt, wenn es in „ständiger organisierter Bereitschaft" exerziert wird.

Die österreichischen Arbeiter werden erkennen müssen, daß ihre „linken" und Oppositions„führer" die besten Handlanger der Bourgeoisie sind, deren einzige Aufgabe darin besteht (wie das Beispiel vom 15. Juli zeigt) den Arbeitern vorzureden, noch sei nicht die Zeit der Gewalt gekommen, noch müsse man mit „geistigen" Waffen und mit dem Stimmzettel gegen Kanonen kämpfen und sich in Demut niederkartätschen lassen. Die österreichischen Arbeiter werden erkennen müssen, daß Kampf gegen die Bourgeoisie gleichbedeutend ist mit Kampf gegen Gewerkschaften und Sozialdemokratie, Kampf Klasse gegen Klasse. Jede Verzögerung bedeutet eine Machtfestigung des Gegners und eine Verlängerung der Leiden der Arbeiterklasse.

Auf den Parteitag der SPOe. kommen wir noch zurück.

Die loyale Opposition

„die SPD. zu festigen und zu stärken".

Die E. Laubsche Verlagsbuchhandlung gibt mit dem 1. Oktober eine zweimal monatlich erscheinende Zeitschrift heraus, die den vielversprechenden Namen „Klassenkampf" trägt; Klassenkampf; wie gewisse politische Schlangenmenschen ihn auffassen „ . . . die Sozialdemokratische Partei zu festigen und zu stärken", wie das Redaktionsprogramm wenigstens verspricht und wie nicht anders zu erwarten, denn Inhaber der Laubschen Verlagsbuchhandlung ist Herr Otto Brass, der in verblüffend kurzer Zeit, im Salto mortale-Tempo gewissermaßen, durchkreiste: SPD., USP., KAG, KPD, USP., SPD., zusammen mit Herrn Ernst Däuming und dem an dieser Stelle wiederholt gekennzeichneten Geschäftsführer des Freidenkerbundes Herrn Max Siewers. Und in der Noskepartei ist Herr Brass schon wieder in „Opposition."

Und wohin nun, mag der beängstigte Leser fragen? Denn soviel Parteien gibts doch gar nicht, daß Herr Brass in diesem Tempo weiter „opponieren" könnte. Gemach, das ist auch gar nicht nötig. Die „Opposition" der Noskepartei à la Brass ist nämlich jetzt das Stanbecken, in dem die unzufriedenen Arbeiter aufgefangen und wieder in den Mutterschoß zurückgeführt werden sollen. Während des Krieges, als die SPD. zu Wilhelm und dem Rüstungskapital stand, war das was anderes, damals ließ sich die Abtrennung der klassenbewußten Arbeiterschicht von der SPD. nicht verhindern, und man etablierte die USP. Durch den „Radikalismus" der Schlangenmenschen wurde sie zertrümmert. Die Hälfte war wieder reif für die SPD., die andere Hälfte ging weiter zu der damals noch revolutionären KPD. Hier wiederholt sich dasselbe. Ein Teil der ideologisch abgebremsten Arbeiter wurde wieder in die USP. genommen und von hier aus in die Noskepartei hinübergeleitet.

Und wieder rebellieren die Arbeiter in der SPD. Und wieder hat Herr Brass eine „Opposition" aufgezogen. Aber trotz dieser „Opposition" wird die Noskepartei nicht einen Streik mehr abwürgen, nicht einen Arbeiter mehr an die Wand stellen, wenn die Proletarier die Augen offen halten und sich die „Führer" dieser „Opposition" bei Licht besehen.

Ruth Fischer feiert Jubiläum

In den Pharussälen in Berlin war es, und zwar am Freitag, den 28. Oktober. Um sich von dem Ekki „abzugrenzen," mußte sie ein Fest bilden von diesem „Arbeiterstaat" zeichnen, daß diese Jubiläumsstimmung stark abtötete. Ihre Zahlen über Arbeitslohn, Arbeitslosigkeit, Wohnungsverhältnisse, und die soziale Zusammensetzung der russischen Partei und die durch die Massenausschüsse von revolutionären Arbeitern und Aufnahme von bäuerlichen und kleinbürgerlichen Elementen hervorgerufene Wandlung ließ keinen Zweifel darüber, daß Rußland dasselbe kapitalistische Land ist, wie jedes andere. Das hinderte die Ruth nicht, in die Verteidigungsfanfare zu blasen und dem Heckert Gelegenheit zu geben, sie als eine prinzipienlose Renegatin hinzustellen. Nachdem Heckert unter dem Gelächter der sehr gut besuchten Versammlung seinen Blödsinn verzapft hatte und Scholem noch zu retten suchte, was irgendwie zu retten war, sprach ein Genosse der KAPD. unter der größten Aufmerksamkeit der gut besuchten Versammlung, und zog aus den von Ruth Fischer eingestandenen Tatsachen die einzig möglichen Schlüsse für das Verhältnis des revolutionären Proletariats zu dem heutigen Rußland und der III. Internationale. Die Versammlung war ein Erfolg — für die KAPD.

Ortsgruppe Dortmund. Jeden Mittwoch Abend um 8 Uhr öffentlicher Diskussionsabend im Gewerkschaftshaus, Lessingstraße. Jeden Samstag Abend achteinhalb Uhr Zahlabend der AAU. ebenda.

Bestellschein

Ich bestelle hiermit ab

Kommunistische „Arbeiter-Zeitung"

(Vor- und Zuname)

(Wohnort und Straße)

Dieser Bestellzettel ist an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden oder direkt der zuständigen Postanstalt zu übergeben.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. Druck: Erdmann & Co., Berlin SO 36, Moritzpl. 6741.

Aus dem Kapitel: „Generalstreik" stiert das politische Gesicht des wirtschaftskranken kapitalistischen Körpers mit Blicken, die den Anfang vom Ende bedeuten. Hier ist die europäische Seite Europas beim Zusammenbruch des Kapitals infolge der vollständigen Verdrängung vom Weltmarkt durch das stärkere Amerika vorweggenommen. London zitiert Karl Marx: „Die Totenglocke des Privateigentums hat geschlagen", und schenkt dem Marxismus ein glänzendes Beweisstück. Wir stehen heute nicht allzufern dieser Situation und in nichts unterscheidet sie sich von der, die Londons Feder entwarf. Selbst das schmutzige Judasgeschmeiß ist schon erkannt und in seiner ganzen Widrigkeit aufgezeigt: „Wir Sozialisten pflegten mit Vergnügen den Tag vorauszusagen, an dem die organisierten Arbeiter vom wirtschaftlichen Feld, auf dem sie noch jedesmal besiegt wurden, endlich auf das politische hinübergehen würden. Die eiserne Ferse hat die Arbeiterverbände auf wirtschaftlichem Gebiet geschlagen, und sie dadurch — nach unserer Theorie — auf das politische Gebiet getrieben. Aber anstatt, daß das für uns angenehm ist, wird es eine stete Quelle von Sorgen für uns sein. Die eiserne Ferse hat ihre Lektion. Wir zeigten ihr unsere Macht anläßlich des Generalstreiks. Deshalb hat die eiserne Ferse Schritte unternommen, einen zweiten Generalstreik zu verhindern. Das dadurch, daß sie die großen Verbände gekauft hat."

Die Weltsichtigkeit des Politikers London beweisen seine Ausführungen über die Machtkonstellaten nach der europäischen Revolution und seine Einstellung zur Arbeit für die Revolution, die gleichzeitig als sein Vermächtnis aufzufassen ist, zeigen ihn nochmals als konsequenten Revolutionär: „Wieviele Gewehre habt Ihr im Besitz? Wißt Ihr, wo Ihr genügend Blei bekommen könnt? Wenn es zum Klappen kommt, denkt daran, daß chemische Mixturen besser sind, als die bloße Faust!"

Der Tod der Chicagoer Kommune, der Tod ihres besten Kämpfers zeigen die Notwendigkeit dieser Maßnahmen und besonders gleichzeitig das Buch: Fortgesetzt wird es durch die Geschichte selbst werden, durch die bewußte Tat des internationalen Proletariats. Sie zu beschleunigen, Hirne und Herzen zu revolutionieren, ist heute die edelste menschliche Aufgabe. Der tote Arbeiter Jack London, der Mann aus der I. W. W. spricht weiter mit seinen klugen und schönen Gedanken. Nicht allzuviele sprechen seine Sprache, die für den Anbruch der menschlichen Kultur werben, die keine Klassenkultur mehr ist. Geht seine sozialen Romane den Arbeitern in die Hände, damit ist viel getan: damit verkürzt für die Zeit der eisernen Ferse, damit wird der letzte Schreck aus den Herzen genommen. Mit Blut ist die Geschichte der Arbeiter geschrieben, mit Blut muß das Proletariat Geschichte machen.

P. M. (O. S. A.)

**) „Vorwärts" vom 2. November, Abendausgabe.

8. Jahrg. Nr. 87

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pfg.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13. Telephon-Nr.: Moritzplatz 7832.

Berlin, 10. November 1927

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Bln. SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Die Offensive des Reformismus

Die Sozialdemokratie, die im Weltkrieg und in der Revolution durch ein Meer von Arbeiterblut watete, die nach der Revolution das Proletariat unter die Fuchtel der herrschenden Klasse zwang und aktiv an der politischen Knebelung der Arbeiterklasse mitwirkte, die heute gemeinsam mit den Gewerkschaften die faschistische Schlichtungsdiktatur heilig spricht, und damit das Koalitions- und Streikrecht selbst im Sinne des „weitherzigsten" Reformismus praktisch aufhebt — diese Sozialdemokratie kann heute ungeschoren Werbewochen veranstalten. Noch mehr. Sie hat in den letzten Jahren und Monaten zahlenmäßig sowohl als ideell Erfolge aufzuweisen auch unter dem Industrieproletariat. Diese Tatsache erfordert für das revolutionäre Proletariat die größte Aufmerksamkeit.

Die praktischen Erfahrungen mit der Taktik des Reformismus in den Wendepunkten der Geschichte, wo es um den Preis der schmählichsten Kapitulation galt, die revolutionären Energien der Arbeiterklasse gegen das mörderische kapitalistische System und seine Träger ins Feld zu führen, geben aus die Ueberzeugung, daß das Wachstum des Reformismus nicht gleichbedeutend ist mit dem Wachstum der Kampfkraft des Proletariats. Sie lehren uns im Gegenteil, daß die Erfolge des Reformismus das sicherste Vorzeichen sind für das Schwinden der revolutionäre Energie; das revolutionäre Proletariat hat alle Ursache, auf dem Posten zu sein, weil das Wachstum des Reformismus das äußerste sichtbare Zeichen der Konsolidierung der Herrschaft der Bourgeoisie ist. Diese Herrschaft der Bourgeoisie ist auf Kosten der verschärften Ausbeutung des Proletariats aufgerichtet worden, aber das ist zu gleicher Zeit eine Etappe zur nächsten Krise. Der „Aufschwung" des Kapitalismus, das ist der Weg in die unvermeidbare Krise, und damit auch zur Krise des Reformismus auf erhöhter Stufe. Alles, was an scheinbarer organisatorischer und idealer Kraft vorhanden ist, zerflattert im Moment der Entscheidung immer wieder in ein Nichts, und der revolutionären Bewegung fällt die schwere Aufgabe zu, die in der Krise zum Ausbruch kommenden Energien aus dem reformistischen Bann zu lösen, um sie mit dem revolutionären Proletariat zu vereinigen.

Die Musik, die heute die Werbewochen der Reformisten begleitet, ist die Musik, die schon in den Jahren vor dem Kriege laut vernehmbar war. Dieselben Phrasen von der Macht des Proletariats bis die rauhe Wirklichkeit einen dicken Strich durch die Rechnung machte. Der Weg über diese Erfolge ging, wie schon erwähnt, in den Abgrund. Es bleibt also zu untersuchen, ob sich dasselbe Schauspiel wiederholen muß, wenn auch unter andern Formen und Umständen. Denn nur die Einsicht in die Bedingungen der Entwicklung kann dem revolutionären Proletariat die Kraft geben, trotz aller scheinbaren „Mißerfolge" unentwegt auf sein Ziel loszusteuern, und in der Agitation auch die Arbeiter der Sozialdemokratie zu gewinnen, die auf Grund der Wiedersprüche, in die die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften verwickelt werden, heilhörig und empfänglich werden für die Konsequenzen, die sich für sie aus dem Bankrott ihrer eigenen Partei ergebeq.

Erleichtert wird für die Sozialdemokratie die Situation durch den Zusammenbruch der III. Internationale. Es besteht nicht der geringste Zweifel darüber, das die Sozialdemokratie die III. Internationale nicht mehr als Gegner zu fürchten hat. Moskau marschiert ohne jede Munition. Die entscheidende Frage, die Frage der „Erhaltung" der Gewerkschaften mußte in ihren Konsequenzen zur Frage der „Erhaltung" der Sozialdemokratie werden. So wie die Anhänger der III. Internationale im Prinzip für die Tarifpolitik sein müssen, und damit faktisch die Schlichtungsdiktatur sanktionieren um der Einheit der Gewerkschaften willen, so taucht überall, wo in den Parlamenten eine „Arbeitermehrheit" vorhanden ist, die Frage der Regierungsbildung auf dem Boden des Kapitalismus auf. Das Rezept, das Moskau zuletzt in Hamburg anwendete, lautet: Unterstützung der sozialdemokratischen Regierung, also im Prinzip die Unterstützung einer Regierung, deren Handlungsweise von den Gesetzen der kapitalistischen Ordnung bestimmt wird. Und auf die prinzipielle Unterstützung kommt es an, nicht darauf, ob man das, was man von dem anderen verlangt, und im Prinzip gut heißt, selbst durchzuführen ablehnt. Daß die KPD. trotz dieser Inkonsequenz noch an Stimmen gewinnt, wenn auch nicht in dem Maße, wie die Sozialdemokratie, ist kein Beweis dafür, daß die Massen, die die KPD. wählen, ihre Politik billigen. Es ist die Illusion der Massen, daß es möglich sei, innerhalb der kapitalistischen Ordnung bessere sozialdemokratische Politik zu machen. Die KPD. jedoch muß überall da, wo sie vor diese praktische Frage gestellt wird, auswechseln und diese Illusionen so selbst zerstören, oder sie muß der SPD. einen billigen Vorwand liefern für die Koalition mit bürgerlichen Parteien. Da auch die Wähler der KPD. „praktische Arbeit" verlangen, kann sich die KPD. diesem Verlangen auf die Dauer nur um den Preis des Verlustes ihrer eigenen Wähler entziehen. Sie muß sich als parlamentarische Partei der Logik des Parlamentarismus ebenso beugen, wie sie sich der Logik der „Gewerkschaftsarbeit" beugen muß. Wenn sie sich als Partei diesen Gesetzen entgegenstellt, gehen die Menschen, die Parlamentarier und Gewerkschaftler, trotzdem den Weg zur SPD., wie unzählige Fälle in letzter Zeit beweisen.

Die Unmöglichkeit einer Konkurrenz gegen die Sozialdemokratie auf dem Gebiete der praktischen Politik ist jedoch nur eine Seite der Gesamtpolitik Moskaus, aus der die Sozialdemokratie Vorteile zieht. Die Krise der III. Internationale selbst untergräbt für die III. Internationale jede Werbekraft. Die Arbeiter, die sich die Mühe geben, sich ein klares Bild von den wirklichen Verhältnissen in Rußland zu machen, und die fähig sind, gesellschaftliche Zustände und die ihnen innewohnende Tendenz der Entwicklung im marxistischen Sinne zu beurteilen, können über den „Marxismus" der „Roten Fahne" nur ein Kopfschütteln übrig haben. Aber damit, daß die III. Internationale, um ihre Politik zu rechtfertigen, eine Karrikatur des Kommunismus und seiner Klassenkampftaktik verherrlichen muß, liefert sie der Sozialdemokratie billige Scheinargumente gegen den Kommunismus überhaupt. So ist die III. Internationale durch ihre eigene Politik verurteilt, zu einer Hilfstruppe der II. und Amsterdamer Internationale herabzusinken mit dem unausbleiblichen Resultat, von der Sozialdemokratie schachmatt gesetzt, und zuletzt verschlungen zu werden.

Diese für die Sozialdemokratie objektiv gegebenen günstigen Umstände können natürlich die Sackgasse, in die sie gerade durch ihre Erfolge hineintorkelt, nicht offen legen. Die gesamte Propaganda ist bereits der Auftakt zu dem „Wahljahr", und sie ist schon in den neuen Rahmen gepreßt, den Hilferding auf dem Kieler Parteitag zimmerte. Die Koalition mit der Bourgeoisie wird da bereits als Machtgewinn überhaupt gepriesen, und in der neuesten Propagandanummer des Vorwärts steht geschrieben, daß die Preußenregierung auf Grund ihrer Macht es fertig gebracht habe, daß die Schupo in Mitteldeutschland die Streikenden beschützte, und die Staatsgewalt nicht auf der Seite der Bourgeoisie, sondern auf der Seite des Proletariats stand. Welch herrliche Aussichten, wenn erst die große Koalition im Reich vorhanden ist! Wie einfach, wie verblüffend einfach ist doch der Weg zur Macht!

Die Sozialdemokratie kann sich den Verhältnissen nicht entziehen, und die Entwicklung dieser Verhältnisse ist gekennzeichnet in der Verschärfung der Klassengegensätze, die aus dem Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise resultieren. Schon in der sogenannten Konjunktur haben Gewerkschaften und Sozialdemokratie alle Hände voll zu tun, um den um ihr nacktes Dasein kämpfenden Arbeitsmassen den nötigen Respekt vor den Stacheldrahtverhauen der Schlichtungsbannmeile beizubringen. Je weiter jedoch dieser Aufbau fortschreitet, desto verheerender setzt die Offensive der kapitalistischen Klasse ein, nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auf politischem und kulturpolitischem Gebiete. Der Weg der Demokratie ist eben der Weg des Kapitalismus, und der Weg des Kapitalismus ist für das Proletariat der Weg in die Barbarei. Zwischen beiden Wegen, dem Weg des Klassenkampfes und dem des Kapitalismus gegen das Proletariat hat die Sozialdemokratie zu wählen. Sie kann, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will, nur den Weg der „Demokratie" gehen, und muß die Teilnahme an der Unterdrückung des Proletariats als „Weg zur Macht" bezeichnen, um sich und ihre Existenz überhaupt rechtfertigen zu können. Sie benutzt die durch den scheinbaren konjunkturellen Aufschwung lebendig gewordenen Illusionen im Proletariat, und die durch den Bankrott der III. Internationale gegebene objektiv günstige Situation zu einer groß angelegten Offensive für das „Wahljahr" 1928, um ihren eigenen Bankerott, der den breiten Massen, deren Urteil von der Tradition der Vorkriegszeit und von der Oberfläche der Verhältnisse bestimmt wird, zu verdecken. Daß das Kapital daran selbst ein Interesse hat, beweisen die Millionen, die dieses den Gewerkschaften bereitwilligst zur Verfügung stellte, und die Bekenntnisse zahlreicher Kapitalsvertreter, daß man die Gewerkschaften künstlich schaffen müßte, wenn sie nicht vorhanden wären.

Die Illusion des Weges der Demokratie zum Sozialismus wird durch die kapitalistische Entwicklung selbst gründlich zerstört. Daran ändert auch das krampfhafte Klammern der „Linken" an dieser Illusion nichts. Demokratie soweit als möglich, und Diktatur dann, wenn die Grenze der Demokratie erreicht ist, das war das Stoßgebet der Austromarxisten der Internationale zweieinhalb. Die Entwicklung der Verhältnisse in Oesterreich hat diese Utopie in die Rumpelkammer der Geschichte geworfen, und das „Prinzip" der Demokratie, und die Ablehnung des Bürgerkrieges wird gerade dann proklamiert, als die Bourgeoisie die Maske der Demokratie bei Seite wirft, und den Bürgerkrieg gegen das Proletariat in aller Form eröffnet. Die „Linken", die die Demokratie nicht prinzipiell ablehnen, also im Grunde genommen auf dem Boden der Demokratie stehen, können sich dadurch auch nicht der Logik der parlamentarischen Taktik entziehen, denn die demo-

Amnestie der Weißgardisten in Rußland

Die „Rote Fahne" meldet, daß anläßlich des Jubiläums Stalin ein Amnestiedekret erlassen hat. In diesem Amnesterlaß heißt es unter anderem:

Alle von Gerichten oder Verwaltungsorganen wegen gegenrevolutionärer Tätigkeit während des Bürgerkrieges bis zum 1. Januar 1923 verurteilten Werktätigen werden freigelassen. Die Registrierung aller ehemaligen Offiziere und Militärbeamten der Weißen Armee wird aufgehoben.

Rußland amnestiert die Hakenkreuzler. Alle Kraft wird gegen die revolutionären Arbeiter konzentriert, die in Opposition stehen. Statt erhält wertvolle Hilfe. Sind es doch Tausende weißer Arbeitermörder, denen nunmehr in Rußland auch formell ein freies Leben gewährt wird, denn so wollen es die Kulaken und die Nepleute. Aber auch Hindenburg, der große Verbündete Stalins jenseits der russischen Grenzen, wird ohne Zweifel zufrieden sein.

Dieser ersten offiziellen Amnestierung des weißgardistischen Gesindels in Rußland werden zweifellos weitere ähnliche Schritte folgen. Jetzt sieht man, daß die aufgebauschten Erschießungen einiger Weißgardisten nur ein Bluff waren, um die wirkliche Rechtsschwenkung Stalins zu verdecken. Bald wird auch das ausländische Emigrantengesindel Rußland überschwemmen.

Und dann wird die gemeinsame Treibjagd auf die revolutionären Arbeiter mit „Kerker und Kugel" unter vermehrten Energie und mit vereinten Kräften seinen Fortgang nehmen.

Wir fragen die KPD.-Arbeiter, ob sie auch mit der Jubiläumsamnestie für alle Weißgardisten und die ausdrücklich hervorgehobenen Offiziere und Militärbeamten (auf deutsch Etappenschweine) einverstanden sind.

Amnestie für extremste Konterrevolutionäre parallel mit der Hetze gegen revolutionäre Kommunisten, die man als „Agenten Camberlains" beschimpft und der Tscheka ausliefert — das sollte eigentlich genügend Anschauungsunterricht dafür ein, wie gründlich in Rußland die Szene gewechselt hat. Die letzten Konterrevolutionäre verlassen die Kerker, um Platz zu machen für revolutionäre Arbeiter.

kratische Taktik führt notwendig zur Koalition mit der Bourgeoisie, und diese Koalition erweist sich wiederum notwendig, um den Bürgerkrieg zu vermeiden, d. h., um die Grundlagen der Demokratie als „Kampfboden" für das Proletariat überhaupt zu „retten." Es ist geradezu belustigend, mit welch väterlicher Nachsicht die Stampfer und Weis über die „linken Heißsporne" in Oesterreich lächeln, und zwar aus zweierlei Gründen. Einmal, weil sie beruhigt darüber sein können, daß eine Richtung in der Sozialdemokratie aufkommen könnte, die die These: durch Demokratie zum Sozialismus ablehnt, diese Richtung ist vom Standpunkt einer parlamentarischen Partei unmöglich, und es ist eine Kleinigkeit, sie der Lächerlichkeit preiszugeben. Wer jedoch die parlamentarische Taktik als solche will, der muß auch die durch sie bedingte Konsequenz der Koalition mit der Bourgeoisie wollen. Zum zweiten muß natürlich eine Partei, die diesem Widerspruch ausgesetzt ist, und so lange ausgesetzt bleibt, so lange der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie nicht entschieden ist, eine sich im Rahmen des Prinzips und der Organisation bewegende „Opposition" haben, sonst würde diese Organisation jede Anziehungskraft verlieren.

Es ist ein Stück Tragik der Arbeiterbewegung, daß die noch wachsende Generation die Erfahrungen derer, die als Opfer einer Taktik als imperialistisches Kanonenfutter millionenweise hingemäht wurden, nicht in sich aufnimmt, sondern selbst immer wieder diese Erfahrungen praktisch erleben muß, um so die Tradition vergangener Zeiten zu überwinden. Es ist weiter eine marxistische Binsenwahrheit, daß das Proletariat infolge seiner Klassenlage die Gesetze der Entwicklung, die seine eigene Zukunft bestimmen, nicht durchschaut, weil seine Kräfte größtenteils im Kampf um das bißchen Fressen absorbiert werden, und andererseits die geistige Beeinflussung der bürgerlichen „öffentlichen Meinung" hier den Blick trübt. So muß jeder wirkliche Schritt, der das Proletariat seinem Ziele näher bringt, mit unerhörten Opfern immer von neuem erkauft werden, und das ist auch zum Teil die Ursache, warum die revolutionäre Bewegung trotz aller blutigen Erfahrungen in einem solch widerspruchsvollen Verhältnis zum Proletariat steht. Die Lehre daraus ist, daß die Partei der Kommunisten, die KAPD., nicht müde werden darf, am jeden denkenden Arbeiter zu werben, um so zum Kristallisationspunkt aller revolutionären Energien zu werden, wenn, wie sich schon heute überall zeigt, die praktischen Konsequenzen der reformistischen Politik die Arbeitermassen zur Rebellion gegen diese Politik treibt. —

Politische Rundschau

Der Brief des Reparationsagenten

Die Reichsregierung hat sich jetzt endlich entschlossen, den Brief des Reparationsagenten, in dem dieser Einspruch gegen die Finanzpolitik der Regierung, die Beamtenbesoldungsvorlage usw. usw. Einspruch erhebt, zu veröffentlichen.

Diesen Brief schrieb der Reparationsagent Parker Gilbert nicht nur mit Zustimmung der Regierung, sondern auch auf Verlangen der Großindustriellen, die zusammen mit den Marx, Köhler und Konsorten selbst die mageren Scheinzugeständnisse, wie sie zum Beispiel in der Beamtenbesoldungsvorlage in Erscheinung treten sollten, zu Gunsten einer unerhörten Senkung der Reallöhne hintertreiben wollten.

Die Bourgeoisie hat aber nicht verhindern können, daß durch diesen Brief der Vorhang gelüftet wurde, hinter dem den breiten Massen das wirkliche Wesen des Dawesplanes verborgen wird. Aber nicht nur die Ideologie der deutschnationalen Bauernlänger zerflattert, deren Minister in ihrer Antwort auf den Brief des Parker Gilbert soeben der weiteren „Erfüllung" zustimmten. Sondern es zerflattert auch der Schwindel der Sozialdemokraten und sonstigen „Pazifisten", die anläßlich der Annahme des Dawespaktes im Vorwärts die „Dollarsonne" aufgehen ließen.

Der Dawespakt ist das Sinnbild der Klassenfront des deutschen und des internationalen Kapitals zur völligen Unterjochung, Niederwerfung und Auspressung der deutschen Arbeiterklasse.

Deswegen ist der Sturz des Internationalen Ausbeutergesindels und die Errichtung der proletarischen Diktatur ohne die Zerreißung und Vernichtung dieses Vertrages nicht denkbar. Hier findet die zu errichtende internationale Klassenfront des Proletariats eine ihrer vornehmsten Aufgaben.

Wir lassen den Brief des Reparationsagenten in einzelnen Teilen im Wortlaut folgen, damit auch unsere Leser sich über dies immerhin wichtige Schriftstück ein Urteil bilden können. Wir zitieren aus dem Vorwärts vom 6. November 1927, der in dieser Anlegenenheit ein unverdächtiger Zeuge ist.

Parker Gilbert wiederholt nach dem Vorwärts seine Auffassung:

„das, was im Interesse der deutschen Wirtschaft liegt, gleichfalls im Interesse der Ausführung des Dawes-Plans liegt". Das allgemeine Ziel Deutschlands wie auch anderer moderner Industriestaaten müsse es sein, die fortlaufende Entwicklung der Industrie und des Handels zu fördern, um

den Lebenshaltungsstandard seiner Bevölkerung stufenweise zu heben.

Dazu sei Kapitalneubildung, aber auch Sparsamkeit erforderlich. Das Ziel des Dawes-Plans bestand darin, nach dem vorgezeichneten Programm die Zahlungsfähigkeit Deutschlands durch praktische Erfahrung zu erproben. Die deutsche Finanzpolitik aber zeige Tendenzen, die weder im Interesse der deutschen Wirtschaft noch in dem zur Durchführung des Dawes-Plans liegen. Parker Gilbert beruft sich auf die Etatsrede des Reichsfinanzministers Köhler, der erklärt hat, daß er vorläufig keine Möglichkeit für die Aufbringung der Reparationszahlungen sähe, dann aber eine ganze Reihe von Ausgaben zuließ, die die Zahlungsfähigkeit Deutschlands weiter schwächen müssen. Er weist darauf hin, daß seit 1925-1926 der Reichshaushalt 1700 Millionen Mark mehr beanspruche. Im besonderen greift dann der Reparationsagent den Finanzausgleich an, der erhöhte Leistungen des Reiches für die Länder und Gemeinden vorsah. Die Kritik, die er bereits in einem Junibericht geübt habe, hätte sich durch die dann folgenden Ereignisse bestätigt.

Trotzdem werden neue Ausgaben vorgeschlagen,

die dadurch Verwirrung anrichteten, daß sie die Etats der Länder und Gemeinden noch weiter belasten. Hier nennt der Reparationsagent in erster Linie die Beamtenbesoldungsreform deren Gesamtkosten sich auf 1200 bis 1500 Millionen Mark im Jahre beziffern sollten. Dabei kritisierte er insbesondere, daß die Reform auch auf Ruhegehaltsempfänger und Beamte außer Dienst Anwendung finden soll und daß auch die dienstfreuden Beamten sie erhalten sollen, ohne daß dabei irgendein wirksamer Versuch einer Verwaltungsreform beabsichtigt zu sein scheint.

Die Art der Besoldungsreform sei sogar einer Verwaltungsreform hinderlich.

Weiter wendet sich Parker Gilbert gegen das Liquidationsschädengesetz.

In Zusammenfassung seiner Etatskritik kommt der Reparationsagent zu dem Schlußergebnis, daß die mit seiner Politik die Stabilität des Etats und vermöge auch bei einer Steigerung seiner eigenen Ausgaben die Länder und Gemeinden nur schwer zur Sparsamkeit zu beeinflussen. Es fehle dazu auch jede Kontrolle. Die Finanzpolitik wirke auf

Steigerung der Produktionskosten

hin, und dann heißt es wörtlich: „Das Ergebnis besteht darin, daß in großem Umfang die günstigen Wirkungen zunichte gemacht worden sind, welche, wie zu erwarten stand, aus dem Prozeß der Rationalisierung erwachsen mußten, die seit der Stabilisierung der Währung durchzuführen der deutschen Wirtschaft und Industrie gelungen ist. Die Tendenz höherer Preise besteht bereits, und zwar zum Teil als Ergebnis der hohen Zölle auf die Importe zahlreicher Haupterzeugnisse; und sie würde eine beträchtliche Stärkung erfahren, wenn, wie es jetzt wahrscheinlich scheint, die Vorschläge der Reichsregierung bezüglich der Gehaltserhöhungen einerseits zu Forderungen nach ähnlichen Erhöhungen im allgemeinen Wirtschaftsleben und andererseits zu erhöhten Eisenbahntarifen u. dergl. führen sollten. Offenbar wohnt allen diesen Entwicklungen die Tendenz inne, die Kosten der Erzeugung zu steigern und dergestalt die Fähigkeit der deutschen Wirtschaft, in einen Wettbewerb auf möglichst hohe Exporte einzutreten, zu verringern. Wie die Erfahrung der letztverflossenen Monate zur Genüge dargetan hat, machen sie sich auch auf der anderen Seite der deutschen Zahlungsbilanz fühlbar, indem sie Deutschlands Einfuhren aus anderen Ländern wesentlich befördern. Steigende Inlandspreise haben fast stets diese Wirkung, und bei den gegenwärtigen Verhältnissen wird diese Tendenz durch die zusätzliche Kaufkraft, welche durch die zunehmenden Ausgaben des Reiches sowie der Länder und Gemeinden in die Hände des Publikums gelegt wird noch gesteigert."

Die Kritik, die Parker Gilbert weiter an den Ländern und Gemeinden übt, ist nichts anderes als der Abklatsch der vielfach propagierten Meinungen des Reichsbankpräsidenten Schacht, wonach Länder und Gemeinden eine Verschwendungswirtschaft treiben. Wenn diese Verwaltungen zur Deckung ihrer etatsmäßigen Ausgaben Auslandsanleihen aufnehmen, dann werfen sie nach Meinung des Reparationsagenten grundlegende Fragen der auswärtigen Politik auf. Der Reparationsagent billigt die Tätigkeit der Beratungsstelle, verlangt aber wirklich wirksame Kontrolle der öffentlichen Ausgaben."

Man sieht: das Schreiben des Reparationskommissars enthält nicht nur eine scheinbare Verurteilung der Finanzpolitik der Reichsregierung, sondern darüber hinaus eine unfreiwillige Kritik des kapitalistischen Systems selbst, dessen Krise auch mit den Mitteln des Dawesplans nicht nur nicht gelöst, sondern nur verschärft wird.

Der Schatten der Dollarsonne

Ein interessantes Eingeständnis des Vorwärts.

Herr Stampfer vom Vorwärts verkündete bekanntlich seinen Anhängern im August 1924 gelegentlich der Annahme des Dawesplanes das Aufgehen der Dollarsonne und ließ auch ein entsprechendes Bild in diesem Organ erscheinen.

Am 6. November beschäftigte sich der Vorwärts gelegentlich des an anderer Stelle unseres Blattes erwähnten Briefes des Reparationsagenten Parker Gilbert erneut mit dem Reparationsplan. Diesmal kann er, um dem deutschnationalen Konkurrenten in der Regierung eins auszuwischen, auch andere: Herr Stampfer bringt wiederum eine Zeichnung und zwar ein Schema über den organisatorischen Aufbau des Reparationsapparats. Hier wird unter der Ueberschrift: „Parker Gilberts Berater, die Arbeiterschaft, von der Mitwirkung ausgeschlossen", richtig gezeigt, wie Herr Parker Gilbert von aus- und inländischen Kapitalisten umgeben und beraten wird und nur in ihrem Interesse handelt.

Zu dem Schema gibt das Blatt dann noch folgende Erläuterung:

„Der Notenwechsel mit dem Reparationsagenten hat die Aufmerksamkeit auf die Tätigkeit dieses außerordentlich einflußreichen Mannes gelenkt. Es liegt nahe, zu fragen, wieweit der Reparationsagent seine dienstlichen Informationen bezieht, die dann zu den Urteilen über Deutschlands Wirtschaft und Finanzlage führen.

Im Mittelpunkt steht der Reparationsagent, der eine große Dienststelle unterhält. Er verkehrt direkt mit der Reichsregierung, und zwar hauptsächlich durch das Reichsfinanzministerium. Beigeordnet sind ihm die Komitees, die die einzelnen Einnahmequellen des Reparationshaushalts verwalten und an der Abfassung der Berichte mitwirken. Diese Kommissare wieder stützen sich auf die eigentlichen Träger der Reparationen, also die Reichsbahnverwaltung, die Reichsbahnen und die Bank für Industrieobligationen, von der man eine der Industriebelastung zu kontrollieren hat.

Der Reparationsagent kann sich noch soviel Mühe geben, durch eigene Statistiken, durch private Informationen, durch die Presse und auf anderem Wege die Grundlagen für sein Urteil zu gewinnen. Abhängig ist er in erster Linie von seinen Dienststellen und von den nachgeordneten Organen. Verfolgt man nun die Zusammensetzung der einzelnen an der Reparationsaufbringung beteiligten Stellen, so findet man die Erklärung dafür, weshalb manche Teile der letzt veröffentlichten Denkschrift genau mit den Wünschen der Großbanken und der Reichsbank, andere mit den Forderungen der Industrieunternehmer, wieder andere mit der Kritik gewisser reaktionärer Kreise in der Reichsregierung an der deutschen Politik übereinstimmen.

Jean Paul Marat

(Fortsetzung.)

IV.

Sicherlich hat Marat keine eigene und in einem Buche formulierte Theorie des Staates hinterlassen, er hat aber mit einem unerhört praktischen Sinn den ganzen Mechanismus der zerfallenden feudalen gesellschaftlichen Organisation mit direkt prophetischem Blick begriffen, und er war der erste radikale Kritiker der neuen kapitalistischen Ordnung, noch bevor sich diese Ordnung auf festen Fundamenten hatte aufbauen können. Oekonomisch hat er den Kapitalismus nicht begriffen. Er wandte sich z. B. gegen die Aufhebung der Korporationen des Mittelalters. Er sah nur das Negative, er sah, daß die neuen Reichen der Revolution durch ihre Gesetze die relativen Vorteile, die die Arbeiter in den Korporationen genossen, vernichteten, dabei aber keine neuen Vorteile bieten konnten. Er ist anscheinend in seiner ökonomischen Erkenntnis reaktionär, in dem Sinn, daß er die Errungenschaft der Revolution, nämlich die Vernichtung der alten Zünfte, brandmarkte. Er tut es dabei in dem besten Glauben, in der Ueberzeugung, daß die Arbeiter in der neuen Wirtschaftsordnung schutz- und hoffnungslos der Konkurrenz und der Ausbeutung preisgegeben sind. Wenn er, wie gesagt, die Oekonomie des Staates nicht verstand, so hat er aber jede einzelne politische Aktion und Gegenaktion im Verlaufe von vier Jahren mit einer absoluten Gewißheit analysiert, und sie den Tatsachen, dem ganzen realen Sinn des Lebens entsprechend wiedergegeben.

Am 5. und 6. Oktober hatten die Massen den Garten der Tuilerien gestürmt, die Revolution wieder einmal nach links revidiert. Nach den Oktobertagen beschloß die verfassungsgebende Versammlung ein Martialgesetz (Standrecht), das besagte, daß, wer Zusammenrottungen hervorrufe oder sie beginnstige, zum Tode verurteilt werde, und daß die Truppen das Feuer eröffnen würden, wenn die Massen nach dreimaliger Aufforderung nicht auseinandergehen. Der „Volksfreund" rief die Vorstände zur Resistenz und Rebellion gegen das Gesetz auf. Und meisterhaft, bis heute unübertroffen, sind die Argumente seiner Zeitung. Er beginnt die Polemik gegen die Nationalversammlung mit einem Wort, das an Marx erinnert. Hat Marx den Satz geprägt, daß die Philosophen die Welt verschieden interpretiert haben, daß es aber darauf ankomme, sie zu verändern, so schreibt Marat: „Die Philosophie hat die gegenwärtige Revolution vorbereitet, begonnen, beginnt. Das ist eine Tatsache. Aber das geschriebene Wort genügt nicht. Wir brauchen Taten. Und wem verdanken wir die Freiheit? Wir verdanken sie nur dem Volksaufruhr, der Volksmeute."

Marat zieht sozusagen die Bilanz der philosophischen Ergebnisse des 18. Jahrhunderts und verlangt zu ihrer Verwirklichung die Arme und Fäuste des Volkes von Paris. Er wirft der Nationalversammlung vor, daß sie ihren Ursprung, der ein revolutionärer war, der in den Gärten des Palais-Royal und vor der Bastille begann, vergessen habe; und daß sie diesen Ursprung vergesse, um den vierten Stand nach den alten Regeln der Könige von Frankreich behandeln zu können. Er wendet sich an die Nationalversammlung, und sagt: „Wir verdanken alles, den Strurz unserer Tyrannen wie den ihrer Günstlinge, ihrer Kreaturen und Helfershelfer, dem Aufstand, dem Aufruhr. Das Martialgesetz, das die Zusammenrottungen verbietet, kann nur von den Feinden des öffentlichen Wohles stammen, es wurde dekretiert durch Verräter, durch Komplizen der Tyranny, denen wem die Herren der Nationalversammlung, die diese Gesetze angenommen haben, das nicht sind, so sind sie Idioten. . . . Ach, die weichen Herzen, sie sehen nur die Unannehmlichkeiten, die einigen Individuen durch die Volkszusammenrottungen zugestoßen sind. Sie sehen nur das verdiente Unglück einiger Verbrecher, und sie sehen nicht das Elend und das Unglück, die Katastrophen einer der Tyrannei und Plünderung jahrhundertelang ausgelieferten Nation."

Daß Marat die Diktatur wollte, nicht gegen jedes Gesetz der Unterdrückung war, kann man aus diesen selbigen Tagen ersehen. Sich „Gegenrevolutionäre" versammlung wendend, sagt er ihr, daß, wenn sie Gesetze zum Schutz der großen Masse angenommen, wenn sie in Wahrheit die 25 Millionen der französischen Nation, deren Wortführer der „Volksfreund" war, vertreten hätte, daß dann die Nationalversammlung das Recht und sogar die Pflicht haben würde, ein Gesetz zur absoluten Durchführung ihres Willens zu beschließen. „Dann", sagt er wörtlich, „wäre ein Martialgesetz gegen Zusammenrottungen ausgeschlossen, gut und berechtigt." So aber „müssen die Massen noch an der Revolution arbeiten, sie erst verwirklichen." Und Mirabeau, dem Wortführer dieses Gesetzes, ruft er zu: „Mirabeau, wenn du nur diese Nebenträchtigkeit, d. h. dieses Gesetz für Frankreich gemacht hättest, so wäre dein Name doch für immer verdammt. Und hättest, so wäre dein Name doch für immer verdammt. Und zu Robespierre: „Wenn du, Robespierre, nichts anderes getan hättest, als dich diesem Gesetz entgegenzustellen, so wäre dennoch dein Name unsterblich." — Wir streiften den zähen und langen Kampf, den Marat gegen Lafayette führte. Und Lafayette wußte, daß Marat einer seiner mächtigsten Feinde war. Lafayette war nämlich der Führer der nationalen Miliz, und der „Volksfreund" sah in ihm den Führer der gemäßigten Konterrevolution, den Verteidiger der Hofintrigen und den halben Verbündeten des monarchistischen Auslandes. Lafayette war ein Popularitätshascher, ein Romantiker, ein Phraseur par excellence, und Marat bombardierte ihn mit der Sprache der Straße. Der „Volksfreund" wurde von Tausenden Kolporteuren und Gassenjungen, die gleichzeitig politische Anhänger Marats waren, verbreitet. Nun wurde der Text der Schlagzeilen, den die Kolporteure ausriefen, von Marat selbst vorgeschrieben. Sie waren auf Agitation und Aufpeitschungen der Leidenschaften berechnet, sie bildeten sozusagen den oratorischen Teil des geschriebenen Textes. Sie wirkten wie in die Massen geschleuderte Parolen der Insurrektion. So hielten sie: „Unser Schlaf und das furchtbare Erwachen", „Wir sind verloren", „Zu den Waffen, zu den Waffen", „Die Nationalgarde der Emigranten", „Man will uns aushungern", „Wieviel Lafayette vom König bekommen hat", und anderes mehr. Und wenn hunderte von Kolporteuren denselben Text in den Straßen von Paris ausschrieen, wenn sie besonders den Text in den Vorstädten der Armen deklamierten, so konnte natürlich die Wirkung nicht ausbleiben.

Ganz besonders verwertete Marat diese Art des Kampfes gegen die Offiziere der königlichen Armee, gegen die Offiziere des feudalen Frankreich. Seit dem Anfang der Revolution, seit dem Sturz der Bastille, seit den ersten Nummern des „Volksfreund" kann Marat bei uns ein konsequentes Militärprogramm verfolgen. Es sind das vielleicht die politischen Gedanken Marats, die wir am ehesten und am genauesten rekonstruieren können. Er verlangte immer wieder: „Gegenrevolutionäre Versammlung wendend, sagt er ihr, daß, wenn sie Gesetze zum Schutz der großen Masse angenommen, wenn sie in Wahrheit die 25 Millionen der französischen Nation, deren Wortführer der „Volksfreund" war, vertreten hätte, daß dann die Nationalversammlung das Recht und sogar die Pflicht haben würde, ein Gesetz zur absoluten Durchführung ihres Willens zu beschließen. „Dann", sagt er wörtlich, „wäre ein Martialgesetz gegen Zusammenrottungen ausgeschlossen, gut und berechtigt." So aber „müssen die Massen noch an der Revolution arbeiten, sie erst verwirklichen." Und Mirabeau, dem Wortführer dieses Gesetzes, ruft er zu: „Mirabeau, wenn du nur diese Nebenträchtigkeit, d. h. dieses Gesetz für Frankreich gemacht hättest, so wäre dein Name doch für immer verdammt. Und hättest, so wäre dein Name doch für immer verdammt. Und zu Robespierre: „Wenn du, Robespierre, nichts anderes getan hättest, als dich diesem Gesetz entgegenzustellen, so wäre dennoch dein Name unsterblich." — Wir streiften den zähen und langen Kampf, den Marat gegen Lafayette führte. Und Lafayette wußte, daß Marat einer seiner mächtigsten Feinde war. Lafayette war nämlich der Führer der nationalen Miliz, und der „Volksfreund" sah in ihm den Führer der gemäßigten Konterrevolution, den Verteidiger der Hofintrigen und den

Denn nirgends wirkt ein Vertreter der organisierten Arbeiter- und Verbraucherinnen daran mit, die Meinung des Reparationsagenten zu beeinflussen. Schacht mit seinen Großbankdirektoren hat dem Reparationsagenten mehr zu sagen, als das Heer der Arbeitermassen. Die Entschließungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie wirken sich aus in den Meinungsäußerungen, die der Reparationsagent über die Reichsbank oder die Bank für Industrieobligationen beziehen kann. Die Regierung aber ist heute ausschließlich in den Händen der Parteien, die der Besitz repräsentieren, und die bei allen Anlässen die Forderungen der Arbeiterschaft niederstimmen.

Beachtlich ist, daß auch so wichtige Wirtschaftsorgane wie die Städte und die öffentliche Wirtschaft innerhalb dieses Dienstverkehrs des Reparationsagenten nichts zu suchen haben.

Wenn dieser meint, daß die Erfüllung der Reparationen vom Wohlergehen der deutschen Wirtschaft abhängt, so weint er immer damit nur das Wohlergehen der Privatwirtschaft, wie es unsere Unternehmer verstehen."

Herr Stampfer heuchelt späte Erkenntnis. Er hat natürlich schon 1924 gewußt, daß die Dollarsonne des Dawesplanes die Dollarsonne der Kapitalisten ist. Aber Herr Stampfer, einer der Hauptlobpreisenden des Dawesplanschest selbst vor einer Kritik des so heiß umfangenen Dawesagenten zurück, wenn es um den Wählerfang geht. Herr Parker Gilbert aber liebelt dazu. Er wird weiter reparieren (den Geldsack der Kapitalisten) und Herr Stampfer weiter „erfüllen", bis das Proletariat sie dereinst alle beide zum Teufel jagt.

Die „Demokratie" marschiert

Die „passive" Resistenz der tschechischen Eisenbahner. Seipel droht auch in Oesterreich mit Streikverbot.

Aus Wien wird gemeldet:

„Der österreichische Bundeskanzler empfing am Sonnabend Vertreter der Beamten, um deren Gehaltsforderungen entgegenzukommen. Seipel erklärte gleich zu Beginn der Besprechung, daß er insbesondere bei Rücksicht auf die wilde Streikbewegung am 15. Juli zunächst eine Aufhebung des Streikrechts der Beamten verlangen müsse, ehe er sich auf irgendwelche materiellen Verhandlungen einlassen könne. Der Ausschuß der vereinigten Beamtenorganisationen hat dem Bundeskanzler noch am Sonnabend schriftlich geantwortet, daß er angesichts der Not der Beamten vorläufig über nichts anderes als über eine Erhöhung der Bezüge verhandeln könne. Gleichzeitig wird vorgeschlagen, am Dienstag in eine sachliche Erörterung über die Lohnforderungen einzutreten."

Wie die Gewerkschaften ihre Forderungen gegen die Schlichtungsdiktatur „durchführen", wenn sie es aus taktischen Gründen der Täuschung für gut halten, den Kampf nicht von vornherein zu unterbinden, zeigt nicht nur der mitteldeutsche Bergarbeiterkampf, sondern auch der Kampf der tschechischen Eisenbahner, der vor wenigen Tagen ausbrach.

Die Gewerkschaften verlegen sich hier angeblich auf die „passive Resistenz", d. h. sie fordern die Eisenbahner auf, die Züge weiter zu fahren und mit wenigen Einschränkungen den gesamten Bahndienst weiter zu führen. Die tschechischen Sozialdemokraten aber sind diesmal nicht mit dabei. Das Zentralorgan der KPD., druckt die Nachrichten über den passiven Widerstand in wenigen Zeilen und bemerkt ab. Sie mischt sich in die tschechischen Angelegenheiten nicht ein, da die Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Rußland ganz ausgezeichnete sind und nicht gestört werden sollen.

Die Rote Fahne setzt hier nur ihre Linie fort, denn sie war es, die ursprünglich den Berliner Hochbahnerstreik, den Straßenbahnern riet, keinen Wagen mehr zu fahren als bisher, also zu fahren, d. h. Streikbrecherdienste zu leisten.

Das Proletariat wird erst siegen können, wenn es nicht nur dem gewerkschaftlichen, sondern auch dem bolschewistischen Streikbrechergesindel endgültig den Laufpaß gibt.

Praxis des Leninismus

Eine Rede Trotzkys

Nachfolgende Rede hielt Trotzky vor dem Plenum des bolschewistischen Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission, die seinen Ausschluß aus der Z.-K. beschlossen, am 2. Oktober. Wenn die russische Opposition auch mit einer Tradition und der eigenen Praxis der Nep-Politik belastet ist und keine positiven Wege zeigen kann, so sind die gezeigten Tatsachen für das Proletariat dennoch von großer Bedeutung, gerade angesichts des Jubiläumsrummels. Die Rede erschien in der Prawda vom 2. November in der Diskussionsbeilage.

Mein Vorschlag, — die Frage von Wrangels Offizier und der militärischen Verschwörung extra zu diskutieren — wurde abgelehnt. Ich habe die Frage, warum, wie und von wem ist die Partei betrogen, weil gesagt wurde, daß Kommunisten, die mit der Opposition in Verbindung stehen, an einer Konterrevolution und Organisation beteiligt sind, prinzipiell gestellt, denn das würde im ganzen Land verbreitet. Davon wird morgen unvermeidlich die ganze Welt sprechen. Um zum letzten Male zu zeigen, was ihr unter Diskussion versteht, habt ihr beschlossen, meine kurze Rede über den angeblichen Wrangel-Offizier aus den Stenogrammen zu entfernen, d. h. sie der Partei zu unterschlagen. Bucharin hat uns hier die Philosophie der Thermidorsche Amalgam auf Grund der Dokumente von Menschinskij 1), die nichts gemein weder mit der Druckerei noch mit der Opposition haben, vorgetragen. Wir brauchen jedoch nicht die billige Bucharinsche Philosophie, sondern Tatsachen. Tatsachen gibt es aber nicht! Deshalb rückt die ganze Frage den Brennpunkt in der Diskussion über die Opposition. Alle von Menschinskij vorgelesenen Dokumente sprechen vollständig gegen die heute politische Politik — es ist nur notwendig, diese Dokumente mit Hilfe der Marxschen Analyse zu beleuchten. Darüber sprach schon Genosse Sinowjew. Mir bleibt vorbehalten, die grundlegende Frage zu stellen: Wie und weshalb die heute führende Fraktion sich gezwungen sieht, die Partei zu betrügen, indem sie den Agenten GPU. (Der Tscheka. Die Red.) für Wrangels Offizier hinstellt, und Bruchstücke aus einer noch nicht abgeschlossenen Untersuchung vortrageht, um die Partei mit fälschlichen Mitteilungen über Beteiligung von Oppositionellen in konterrevolutionären Organisationen abzuschrecken. Woher kommt das? Wohin führt das? Nur diese Frage hat eine politische Bedeutung, alles andere tritt in zweite und zehnte Linie zurück.

In unserer Deklaration vom Juli vorigen Jahres haben wir mit voller Genauigkeit vorausgesagt, alle Etappen, durch die die Zerstörung der leninistischen Führung der Partei durchgehen wird und ihre vorübergehende Ersetzung mit der Stalinschen Führung. Ich sprach von vorübergehender Ersetzung, weil, je mehr „Siege" die führende Gruppe feiert, je schwächer wird sie. Die Voraussage vom Juli vorigen Jahres können wir jetzt mit folgender Schlußfolgerungerganzen:

Der heutige Organisationsieg Stalins geht seinem politischen Niedergang voraus, er ist ganz unvermeidlich und entsprechend dem Stalinschen Regime wird er auf einmal eintreten. Die Grundaufgabe der Opposition besteht darin, daß die Folgen der vorderblichen Politik der heutigen Führung der Partei und ihren Beziehungen zu den Massen nur möglichst kleine Schäden zuffügen.

Ihr wollt uns aus dem Zentral-Komitee ausschließen. Wir sind damit einverstanden, daß diese Maßnahme ganz und gar aus dem Kurs der jetzigen Führung bei der gegebenen Etappe ihrer Entwicklung, richtiger gesagt — ihrem Niedergang — folgt. Die regierende Fraktion, die hunderte, aberhunderte von den besten Parteimitgliedern, entschlossene Arbeiter-Bolschewiki wie Mratschkowskij, Serebrjakow, Preobraschenskij, Scharow, Sarkis, Wujowitsch, d. h. Genossen, die allein schon ein Sekretariat der Partei bilden könnten, das viel autoritativer, seinen Aufgaben gewachsen und viel leninistischer als unser heutiges Sekretariat wäre, auszuschließen wagt; (Lärm) die Fraktion der Stalin-Bucharin, die im inneren Gefängnis der GPU. solche ausgezeichneten Parteimitglieder, wie Netschaew, Stiegold, Schmidt, Wassilow, Fischelow und viele andere hält; die Fraktion des Apparates, die sich mit Gewalt auf die Partei, durch Ersetzkung des Parteigedankens, durch Desorganisierung der proletarischen Avantgardes, nicht nur in Rußland, sondern in der ganzen Welt stützt; die völlig opportunistische Fraktion, in deren Schwanz in den letzten Jahren Tschang-kai-tschek, Feng, Want-tin-we, Purcells, Higrs, Bentilets, Kousinents, Smerais (Lärm), Peppr, Heinz Neumanns, Raphes, Martinows Kontratjews und Ustrjalows — gingen und noch gehen — diese Fraktion kann uns sogar einen Monat vor dem Parteitag nicht im Zentralkomitee dulden. Wir verstehen das.

Ihr habt unsere Plattform unterschlagen, richtiger gesagt, ihr habt versucht sie zu unterschlagen (Lärm) . . . (vor Lärm und Zurufen kann man nicht verstehen, was Trotzki spricht) . . was bedeutet die Angst vor der Plattform? Es ist klar: Die Angst vor der Plattform ist Angst vor der Masse.

Wir haben am 8. September erklärt, daß wir trotz aller Verbote, die Plattform zur Kenntnis der Partei bringen werden. Wir haben das getan. Wir werden diese Arbeit bis zu Ende durchführen. Die Genossen Mratschkowskij, Fischelow und alle andere, die unsere Plattform gedruckt haben und verbreiten, handelten und handeln in voller Solidarität mit uns, die oppositionellen Mitglieder des Z.-K. und der ZKK., auf unsere volle (Lärm), politische sowie organisatorische Verantwortung.

Die Grobheit und die Illoyalität, von der Lenin schrieb, sind nicht mehr einfach persönliche Qualitäten, sie sind schon Qualitäten der regierenden Fraktion, ihrer Politik und ihres Regimes geworden. Es handelt sich nicht um äußere Handhabungen. Das grundlegende Charakteristikum des heutigen Kurs besteht darin, daß er an die Allmacht der Gewalt, sogar in bezug auf die eigene Partei glaubt. (Lärm.) Durch die Oktoberrevolution hat unsere Partei den gewaltigen Apparat zur Zwanganwendung, ohne die die proletarische Diktatur undenkbar ist, in ihre Hände bekommen. Der Mittelpunkt der Diktatur ist das Zentralkomitee unserer Partei (Lärm). Bei Lenin, beim Leninistischen Zentralkomitee war der Organisationsapparat der Partei der revolutionären Klassenpolitik im Weltmaßstabe untergeordnet. (?) Freilich erweckte Stalin in seiner Eigenschaft als Generalsekretär in Lenin schon von Anfang an Befürchtungen. „Dieser Koch wird nur scharfe Speisen kochen" — sprach Lenin im engeren Kreis zur Zeit des 10. Kongreß der Partei. Heute wurde hier unter der Form der Mitteilungen von der Militärverschwörung eine von diesen scharfen Speisen serviert. (Lärm.) Bei der leninistischen Führung und bei der leninistischen Zusammensetzung des politischen Büros spielte der Generalsekretär eine gänzlich untergeordnete Rolle. (Lärm.) Die Lage begann sich zu ändern während der Krankheit Lenins. Die Menschenauswahl durch das Sekretariat, die Apparat-Gruppierung der Stalinschen bekam einen selbständigen Charakter, unabhängig von der politischen Linie. Deshalb, die Perspektiven seines Abganges von der Arbeit erwägend, gab Lenin der Partei den letzten Rat: „Ruft Stalin ab, der die Partei zur Spaltung und Zusammenbruch führen kann" (Lärm). . . (Vor Lärm kann man nicht hören, was Trotzki spricht) . . . Die Partei erfuhr nicht rechtzeitig von diesem Rat. Der ausgewählte Apparat hat ihn unterschlagen. Die Folgen stehen vor uns in ihrer ganzen Größe. (Lärm.)

Die führende Fraktion glaubt mit Hilfe der Gewalt alles erreichen zu können. Das ist ein großer Fehler. Die Gewalt kann eine ungeheure revolutionäre Rolle spielen, jedoch unter einer Bedingung: wenn sie einer richtigen Klassenpolitik untergeordnet ist. (Lärm.) Die Gewalt der Bolschewiki über die Bourgeoisie, über die Menschewiki, über die Sozialrevolutionären, gab — unter den bestimmten geschichtlichen Verhältnissen — gigantische Ergebnisse. Die Gewalt der Kerenski und Zereteli über die Bolschewiki beschleunigte nur die Niederlage des Regimes der Arbeitsgemeinschaften, indem sie die regierende Fraktion ausschließlich, die Arbeit entzieht, verhaftet, handelt sie mit der Polizei und dem Rubel gegen die eigene Partei. (Lärm, Zurufe: Nieder! ekelhaft! Menschewiki! Verräter! Man darf ihn nicht hören!) Das Arbeiterparteimitglied fürchtet in seiner eigenen Zelle auszusprechen, was es denkt. Er fürchtet, nach seinem Gewissen zu stimmen. Die Diktatur des Apparates (Lärm) schüchtert die Partei ein, die der höchste Ausdruck der Diktatur des Proletariats sein sollte. Die regierende Fraktion, indem sie die Partei einschüchtert. . . . (Lärm! Lüge! Nieder!) setzt ihre Fähigkeit, die Klasseninteinde zu respektieren, herab.

Das Parteiregime lebt aber nicht aus sich allein. In dem Parteiregime drückt sich die gesamte Politik der Parteiführung aus. Diese Politik hat in den letzten Jahren ihre Klassenachse von links nach rechts gerückt: vom Proletariat — zum Kleinbürgertum, vom Arbeiter — zum Spezialisten, vom einfachen Parteimitglied — zum Parteibürokrat, vom Dorfarbeiter und der Armut — zum Kulaken, vom Schanghaier Arbeiter — zum Tschang-kai-schek, vom chinesischen Bauer — zum bürgerlichen Offizier, vom englischen Proletarier — zum Purcell, Higrs, zu den Mitgliedern des Generalrates usw., das ist das Wesen des Stalinismus.

Auf dem ersten Blick scheint es, als wenn der Stalinsche Kurs siegreich ist. Die Stalinsche Fraktion erteilt Schläge nach links (Moskau, Leningrad) und nach rechts (Nordkaukasus). In Wirklichkeit geschieht die ganze Politik dieser zentristischen Fraktion unter der Schlägen von zwei Kanten: von rechts und von links. (Lärm.) Die ohne Klassengrundlage bürokratisch-zentristische Fraktion schaukelt zwischen zwei Klassenlinien (Lüget, Nieder!), indem sie dabei systematisch von der proletarischen Linie zur kleinbürgerlichen herabrutscht. Dieses Herabrutschen geschieht nicht in einer gerraden Linie, sondern in der Form von scharfen Zickzack. (Lärm.) Solches Zickzack hatten wir in der Vergangenheit nicht wenig. Besonders grell und denkwürdig ist die Erweiterung der Wahlkonstruktion unter dem Druck des Kulaks (Die Kunte von rech

„Wir haben Parteimitglieder, die noch nicht hinreichend klar die Partei selbst begreifen, was die Partei so vorstellt. Sie glauben, daß die Partei von der Zelle ausgeht, daß die Zelle der erste Ziegelstein ist; dann kommt das Rayonkomitee immer höher und höher zum Zentralkomitee. Aber das ist nicht so (!!). Unsere Partei muß man von oben her betrachten. Und diese Einstellung muß man in den praktischen Wechselbeziehungen und in der ganzen Arbeit haben" („Molot", 27. 5. 1927, Rede des zweiten Sekretärs des nördlichen Gebietskomitees der WKP).

Die Definitionen der Parteidemokratie, welche auch schon von verantwortlichen Genossen: Uglanow, Morlotow, Kaganowitsch usw. gegeben wurden (vgl. „Prawda" 4. 6. 26) laufen dem Wesen nach auf das Gleiche hinaus.

Diese „neue" Einstellung birgt ungeheure Gefahren in sich. Wenn wir tatsächlich zugeben wollten, daß „man unsere Partei von oben her betrachten" muß, so würde das bedeuten, daß es keine Leninsche Partei, keine Partei der Arbeitermassen mehr gibt.

Während der letzten Jahre geht eine systematische Abschaffung der innerpolitischen Demokratie, entgegen der ganzen Vergangenheit der bolschewistischen Partei, entgegen den direkten Beschlüssen einer ganzen Reihe von Parteitagen, vor sich. Die wirkliche Wählerkraft stirbt in der Praxis aus. Die Organisationsprinzipien des Bolschewismus werden bei jedem Schritt verfälscht. Das Parteistatut wird systematisch verändert nach der Seite der Erweiterung der Rechte, der Spitzen und der Verengerung der Rechte der unteren Zellen hin. Die Fristen der Aufträge der Ujezd-Komitees, der Rayon-Komitees, der Gouvernements-Komitees, des ZK. werden auf ein Jahr, auf zwei Jahre und noch mehr verlängert. Die Spitzen der Gouvernements-Komitees, der Gouvernements-Exekutiv-Komitees, der Gouvernements-Gewerkschaftsräte usw. sind tatsächlich unabsetzbar (drei bis 5 Jahre und noch länger). Das Recht jedes Parteimitgliedes, jeder Gruppe von Parteimitgliedern, „die Hauptdifferenzen vor das Schiedsgericht der ganzen Partei zu bringen" (Lenin), ist tatsächlich abgeschafft. Die Parteitage und die Konferenzen werden ohne vorhergehende freie Diskussion der Fragen durch die ganze Partei (wie das zu Lenins Lebzeiten üblich war) einberufen und die Forderung einer solchen Diskussion wird als Bruch der Parteidisziplin behandelt. Ganz vergessen sind die Worte Lenins darüber, daß der bolschewistische „Stab" sich „stützen muß auf einen wirklichen und bewußten Willen der Armee, die dem Stabe folgt, gleichzeitig aber auch ihren Stab lenkt". (Bd. 4, S. 318.)

Innerhalb der Partei geht, in engem Zusammenhang mit dem allgemeinen Kurs, ein sehr vielgeadeter Prozeß der Abdrängung der alten Parteigenossen vor sich, welche die Illegalität, oder wenigstens den Bürgerkrieg durchgemacht haben, welche unabhängiger sind, welche fähig sind, für ihre Anschauungen einzutreten, und deren Ersetzung durch neue Elemente, welche hauptsächlich widerspruchslosen Gehorsam zeigen. Dieser Gehorsam, der von oben her unter der Bezeichnung „revolutionäre Disziplin" gefördert wird, hat dem Wesen nach nichts mit dieser zu tun. Häufig machen sich neue Kommunisten aus der Anzahl solcher Arbeiter, welche stets sich durch Gehorsam der alten Obrigkeit gegenüber auszeichneten, wenn sie heute in leitende Stellen in Arbeiterzellen und in der Verwaltung rücken, durch schroffes und feindseliges Verhalten gegen die alten Parteigenossen aus den Arbeitern verdient, welche die Führer der Arbeiterklasse in den schwersten Momenten der Revolution waren.

In unvergleichlich scheußlicher Weise werden solche Verschiebungen auf dem Staatsapparat übertragen, in dessen Bestand man heute bereits sieht seien die vollendete Figur des Sowjetbeamten „aus der Partei" trifft, der bei feierlichen Anlässen den Oktober beschwört, die ihm aufgetragene Sache mit vollkommener Gleichgültigkeit behandelt, mit allen seinen Wurzeln ins kleinbürgerliche Milieu eintaucht, in seinem Privatleben auf die Obrigkeit schimpft und am Tage der Parteizellensitzung die Opposition „durcharbeitet".

Die wirklichen realen Rechte eines Parteimitgliedes oben, vor allem des Sekretärs, sind um das Vielfache größer, als die realen Rechte eines Hunderts von Parteimitgliedern unten. Die wachsende Verdrängung der Partei und ihres eigenen Apparats wird gekrönt durch die „Theorie" Stalins, welche den für jeden Bolschewiken unbestreitbaren Satz Lenins leugnet, daß die Diktatur des Proletariats nur durch die Diktatur der Partei verwirklicht wird und verwirklicht werden kann.

Das Absterben der Parteidemokratie führt zum Absterben der Arbeiterdemokratie überhaupt, in den Gewerkschaften und in allen übrigen parteilosen Massenorganisationen.

Die innerparteilichen Differenzen werden verzerrt. Durch Monate und Jahre hindurch geht eine vergiftete Polemik gegen die Anschauungen der Bolschewiken, welche als „Opposition" erklärt werden, während man diesen Bolschewiken nicht gestattet, ihre wirklichen Anschauungen in den Spalten der Parteipresse darzustellen. Gestrige Menschewiken, SR-s, Kadetten, Zionisten, polemisieren in der „Prawda" gegen Dokumente, welche von Mitgliedern des ZK an das ZK geschickt werden, greifen einzelne Sätze aus diesen Dokumenten heraus und verdrehen sie. Die Dokumente selbst werden aber nicht gedruckt. Und die Parteizellen werden gezwungen abzustimmen über die ihnen unbekannten Dokumente zu „brandmarken".

Proletarisches Notizbuch

Freundschaftsdienste. In Hamburg gab die KPD. bei der Wahl eines deutschnationalen Präsidenten weiße Stimmzettel ab, um seine Wahl durchzubringen, weil man sich vordem auf einen Sozialdemokraten, einen Deutschnationalen und einen KPD.-Kandidaten geeinigt hatte. Ein Militrauensvotum gegen den sozialdemokratischen Oberbürgermeister Brauer stimmte die KPD. nieder.

Eine russische Arbeiterdelegation ist in Berlin eingetroffen und wird wahrscheinlich die deutsche Arbeiterdelegation, die in nächster Zeit zurückkommen wird, bei der „Berichterstattung" unterstützen. Man hofft, daß kein deutscher Arbeiter den „konterrevolutionären" Mut aufbringen wird, Vertretern des russischen Nep-Kurses die prinzipielle Meinung des revolutionären Proletariats entgegenzustellen.

Bei den Wahlen in Oldenburg und Mecklenburg haben die beiden sozialdemokratischen Parteien Stimmenzuwachs erhalten, jedoch verlor die KPD. in Mecklenburg prozentual mehr, als sie in Oldenburg gewann. Die KPD. tröstet sich jedoch damit, daß ihre größere Schwester dem „Sozialismus" entgegenmarschiert.

Symptome. In Cöpenick haben sich drei junge Frontkämpfer nach gemeinsamer Verabredung erschossen. Nur einer blieb am Leben, doch hat er das Augenlicht eingebüßt. Das Motiv der Tat war der Katzenjammer auf die im RFB. gezüchtete Revolutionsromantik, die junge Arbeiter verwirrt und ihnen den Weg zu marxistischen Erkenntnissen versperrt.

Die Generalaussperrung der Tabakarbeiter hat eingesetzt, die Gewerkschaften fühlen sich „gebunden" und erklären den Streik, der der Aussperrung vorausging, und worauf die Aussperrung erfolgte, als „wild", und verweisen die Arbeiter, die Unterstützung für ihr Streikrecht, an die Arbeitsverwaltung. — Man kann eben nicht „mit dem Kopf durch die Wand."

Ende der Konzertsaattheorei. Nun ist selbst der Kardinalerzbischof von Faulhaber (nicht Faulpelz!) von dem „Wunder" abgerückt. In einer Predigt in München erklärte er, daß die „Stigmatisierte" in ein Krankenhaus gehöre, und daß die Eltern der heiligen Therese „in einer begreiflichen ländlichen Scheu vor Klinik und Krankenhaus" sich bisher weigerten, und man „zurückhaltend im Urteil" sein müsse. Nachdem selbst diesem „Oberwürdenträger" diese Geschichte zu dumm geworden ist, hat wohl auch die deutsche Wissenschaft nicht länger nötig, Loblieder auf mittelalterlichen Stumpfsinn zu singen.

Organisierter Müßiggang und seine Folgen. Der nationalsozialistische Abgeordnete v. Mücke hat, wie die Vossische Zeitung aus Dresden meldet, sein Landtagsmandat niedergelegt mit der Begründung, daß der Parlamentarismus „organisierter Müßiggang sei, was von den Parlamentariern mit allgemeinem Bravo aufgenommen wurde. Hoffentlich findet der antiparlamentarische Hakenkreuzler in einem Bergwerk Arbeit, damit ihm ein Selbstmord wegen der Unmöglichkeit, im Dienste eines tätigen Prinzips zu stehen, erspart bleibt.

Aus der Partei

Die Lehren der letzten Parteikampagnen.*)

I.

Als eine der wichtigsten Aufgaben betrachteten es Marx und Engels, nach gewissen Zeitabschnitten über ihre praktischen und theoretischen Leistungen eine Selbstverständigung zu halten, eine Selbstverständigung über das, was sie geleistet hatten, eine Selbstverständigung darüber, welche Lehren daraus zu ziehen waren, wo sie standen, und was praktisch zu tun war. — Auch wir als Partei haben in diesem Augenblick die geschichtliche Verpflichtung, einmal eine Selbstverständigung überdie letzten Parteikampagnen vorzunehmen, um daraus die Lehren zu ziehen und den Weg für die praktischen Maßnahmen, dessen was kommen soll, vorzubereiten. Es kommt dabei nicht so sehr auf die kleinen oder kleineren Nebenerscheinungen an, sondern es kommt in erster Linie darauf an, die allgemeinen großen Erkenntnisse in der Linie festzuhalten, die Erweiterungen unserer Kenntnisse zu begreifen und sie als Grundlage für die Zukunft festzulegen.

Wenn wir einen Rückblick werfen auf die Tätigkeit der Partei seit der letzten Zentral-Ausschuß-Sitzung, dann können wir im großen und ganzen sagen, daß die allgemeine Agitation und Propaganda, die die Partei Tag für Tag immer wieder treibt, besonders gekennzeichnet war durch drei große Aktionen, durch drei Kampagnen, die auf einen besonderen Punkt hin konzentriert waren. Das war zuerst die Entlarvung der Rußland-Delegation, zweitens die Granaten-Kampagne und drittens die Liquidierung der Entschiedenen Linken. Wir wollen um des besseren Verständnisses wegen diese drei Aktionen eine nach der anderen besprechen.

Wenn wir die Lehren aus diesen Kampagnen ziehen, so müssen wir feststellen, daß diese drei Aktionen der Partei nicht ohne Widerstände durchgeführt worden sind. — Es zeigte sich, daß die nach der Märzbewegung 1921 folgende teilweise erzwungene Isolation für unsere Organisation eine gewisse Gefahr war, und die Partei es nicht so leicht wieder verstand, die umwälzende revolutionäre Praxis als ein Stück des Klassenkampfes anzusehen. Ebensowenig haben wir bei der kritischen Beleuchtung unserer Aufgaben uns daran zu halten, ob vielleicht eine Reihe von Hoffnungen dabei zerstört worden sind, sondern es gilt festzustellen, ob tatsächlich die Partei es verstanden hat, im Blitz und Donner der Geschichte die Prinzipien lebendig zu gestalten. Wir wollen auch keinen Jammer darüber anstimmen, wenn Fehler gemacht worden sind, oder wenn vielleicht in der Hitze des Gefechts in Hemdsärmeln gefochten worden ist.—

Die Rußland-Delegation der KPD. war nach der Märzbewegung 1921 die erste größere, bewußt von der Partei ausgehende Aktion. Es war die Ueberwindung der Periode einer erzwungenen Isolation. Es gelang der Partei, was ihr seit Jahren nicht möglich war, die chinesische Mauer, die die III. Internationale um sie gezogen hatte, zu durchbrechen. Was in den letzten Jahren nicht möglich war, das gelang zum ersten Male wieder bei der Anti-Delegations-Kampagne, nämlich, daß die III. Internationale öffentlich gestellt wurde. Bis zu einem gewissen Grade auch gezwungen war, in der Presse zu uns Stellung zu nehmen. In dieser Anti-Delegations-Kampagne bewies die Partei gegenüber der III. Internationale eine große ideologische Ueberlegenheit. Die grundsätzliche Stellung der Partei zur Rußlandfrage und zur Frage der russischen Revolution war gut fundiert, so daß sie die öffentliche Feuerprobe mit den Vertretern der III. Internationale glänzend bestand.

Wenn wir mit einer gewissen Berechtigung auf die Erfolge zurückblicken, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß die volle Ausnützung der Anti-Delegations-Kampagne nicht so gelang, wie es im Interesse des Proletariats notwendig gewesen wäre. Der Aktionsradius unserer Kraft war begrenzt. Es gelang uns nicht, diese Bewegung über einige große Städte hinauszutragen. Nur an einigen wichtigen Punkten gelang es, die Massen in Bewegung zu setzen. Es fehlte der Kampagne die gewaltige Wucht, die mitreißende Kraft, die unbedingt notwendig ist, wenn eine solche Aktion nicht nur vereinzelt und vorübergehend, sondern auch auf größere Massen eine dauernde Wirkung erzielen soll. Diese Mängel waren zum Teil verschuldet durch die geringen Mittel, die der Partei zur Verfügung standen. Aber es muß auch ausgesprochen werden, daß auch an einigen Stellen eine bessere Ausnutzung dadurch verhindert wurde, daß einzelne Teile der Partei es nicht verstanden, den Marxismus als eine umwälzende, revolutionäre Praxis zu begreifen. Gerade wir in Berlin erlebten damals eine etwas seltsame starre Einstellung. Ausgerechnet in dem Bezirk, der heute mit in schärfster Opposition steht. — Wir erlebten damals, als es uns gelang, die III. Internationale in einer Versammlung so zu stellen, daß wir sie zwangen, unsere Bedingungen in bezug auf eine KAP.-Delegation nach Rußland anzuerkennen, daß ein Teil der Genossen in diesem Bezirk die Angst vor der eigenen Courage bekamen und uns baten, nicht weiter zu gehen, weil man uns eine Falle stellen könnte.

Trotz der Mängel haben Partei und ihre Prinzipien in diesem Kampfe mit allen Ehren gegenüber dem Proletariat bestanden, und kann sie heute den Faden dort wieder aufnehmen, wo sie ihn damals verlassen hat. Die Anti-Delegations-Kampagne war die erste Aktion, die die Partei aus sich heraus auf bestimmter Grundlage von selbst übernahm.

Ein Schritt weiter über diese Aktion hinaus war die Granaten-Kampagne. — Die ihren Anstoß erhielt von den Veröffentlichungen im „Manchester Guardian", die bewiesen, daß die Bolschewiken im Jahre 1921 sich mit dem deutschen Militarismus verbrüdert hatten. Es ist hier nicht der Platz, zu untersuchen, aus welchem Grunde die SPD. diese Dinge im Reichstag zur Sprache brachte. Die Veröffentlichung der Dokumente stellte die Partei sofort vor die Aufgabe, die Tatsache der Verbrüderung zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern dem Proletariat als zwangsläufige Folge der russischen Staatspolitik und der Basis der III. Internationale erneut zu dokumentieren. Die Partei beschloß, nach eingehender Vorbesprechung, mit einem offenen Brief an die Zentrale der KPD. die Aktion einzuleiten. Es ist nicht notwendig, auf Form und Inhalt des offenen Briefes hier noch einmal einzugehen. — Mit allen Mitteln wurde versucht, den offenen Brief unter die Massen zu bringen und ihm eine große Verbreitung zu geben. Er hatte dann auch eine ganz beachtliche Wirkung. Wir gingen dann dazu über, diese Kampagne über den nationalen Rahmen vorwärts zu treiben und im internationalen Maßstabe lebendig zu gestalten. Vortreffliche Dienste leisteten uns dabei die holländischen Genossen. Ebenso ein Genosse in Amerika und einige symphatisierende englische Genossen.

Die Wirkung des offenen Briefes in Verbindung mit der Versammlungstätigkeit und der Presse war eine bedeutende. Dies können wir sagen, ohne Ruhmredigkeit, oder um auf den Lorbeeren des Erfolges auszuruhen. Sicher ist, daß, wenn es uns schon in der Anti-Delegations-Kampagne gelang, an die Arbeiter der III. Internationale heranzukommen, es uns diesmal möglich war, die Proletarier auch soweit sie noch in der KPD. organisiert waren, zum Sprechen zu bringen. Was uns in der Anti-Delegations-Kampagne nur zum Teil gelungen war, das gelang uns bei der Granaten-Kampagne im ausgiebigsten Maße, nämlich, daß die KPD.-Arbeiter in unseren Versammlungen zu diesen Fragen Stellung nahmen. Die KPD.-Zentrale selbst übte sich in der bekannten Wanzen-Taktik, sie verkroch sich. — Es gelang uns auch in dieser Aktion, eine sichtbare Abgrenzung gegenüber der II. Internationale vorzunehmen, und so dem Geschrei und der Taktik der III. Internationale, alle Kritiker in den menschewistischen Topf zu werfen, die Spitze abzubrechen. Wir zeigten den Arbeitern, daß zwischen der Kritik der II. Internationale und zwischen der Kritik, die die KAP. an diesen Dingen übt, ein grundsätzlicher Unterschied besteht. —

Die Granatenkampagne fand einen konkreten und bewußten Abschluß. Die Partei hatte, nachdem sie alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausgeschöpft hatte, die Einsicht, daß durch die politische Entwicklung und durch das Aufwerfen neuer Fragen diese Aktion abgebrochen werden mußte. Nicht abgebrochen, um vergessen zu werden, sondern um als Kampf um andre Fragen fortgeführt zu werden.

Bei der Rußland-Delegations-Kampagne war der Bann gegenüber den KPD.-Arbeitern gebrochen worden und innerhalb der KPD. war die Opposition gefördert worden. Bei der Granaten-Aktion ging es darum, nicht nur die Opposition zu fördern, sondern auch die Opposition dazu zu zwingen, zu der Frage der Granaten-Lieferungen Stellung zu nehmen und damit sich zu demaskieren. Es gelang uns, die Opposition auf Grund des offenen Briefes zu zwingen, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen und damit auch ihre Stellung zu Rußland aufzurollen und innerhalb der Opposition die Gruppe, die EL., weiterzutreiben. Nicht, als ob wir erst durch die Granatenkampagne mit der EL. in Berührung gekommen wären, sondern daß durch diese Kampagne die Entwicklung dieser Oppositionsgruppe bedeutend gefördert wurde. Wenn wir so einen Rückblick halten, dürfen wir sagen, daß wir nicht nur die erzwungene Isolierung durchbrachen und [illegible] zur III. Internationale und zur russischen Revolution. Durch diese beiden Kampagnen einer kritischen Prüfung [illegible] konnten, sondern auch oppositionelle Proletarier [illegible] in Bewegung brachten.

Auch bei diesen beiden Aktionen ging [illegible] Kampagne, die die Partei führte, das war die Aufsaug[illegible] es gelang uns, mit dieser Oppositionsgruppe in [illegible] nachdem vorher einige Versuche, mit anderen [illegible] zu arbeiten, fruchtlos verlaufen war[illegible] Aktionen Opposition, als in der E[illegible] zusammengeflaßt waren, ideologisch weiter zu treiben, daß organisatorische Bindung möglich wurde. Diese Aktion fand in den letzten Wochen ihren Abschluß. Der Abschluß war allerdings nicht so, daß wir mit besonderem Stolz auf ihn zurückblicken können, sondern er riß die Partei in eine Krise, durch die sie längere Zeit fast vollständig lahmgelegt war. Umso notwendiger ist es, die Lehren aus dieser Aktion zu ziehen, um für die Zukunft solche Erscheinungen zu verhindern.

(Fortsetzung folgt.)

Mitteilungen

An die Leser der KAZ. in Charlottenburg!

Teile der „Opposition" der Partei haben versucht, einen Schlag gegen die Partei durch Verleumdung und Sabotage der KAZ. zu führen. Die Partei hat geschlossen die Handlungen der außerhalb der Partei stehenden „Opposition" verurteilt.

Die KAZ. vertritt weiterhin uneingeschränkt die alte Linie der KAPD. Kämpfe ehrlich und kompromißlos gegen alle Feinde der Revolution.

Die Leser der KAZ. werden trotzdem von außerhalb der Partei stehender Seite mit Rundschreiben bombardiert, die von Verleumdungen und Beschimpfungen gegen die KAZ. und Partei strotzen und die den Zweck verfolgen, die KAZ., die einzige Stimme der Revolution, zu sabotieren und nicht mehr zu lesen.

Die Leserschaft darf sich hierdurch nicht verwirren lassen. Der KAZ.-Vertrieb wird weiterhin durch den 7. Unterbezirk der KAPD. durchgeführt. Alle Leser der KAZ. fordern wir auf, treu zur Fahne der KAZ. zu stehen und unermüdlich für ihre Verbreitung zu wirken. Alle Mitteilungen, Rundschreiben usw., die nicht durch die Träger der KAZ. kommen, sind als von parteifeindlicher Seite entschieden zurückzuweisen.

Mit aller Kraft für das Sprachrohr des revolutionären Proletariats, die KAZ. gearbeitet

KAPD., 7. Unterbezirk,
Charlottenburg.
I. A.: Wilhelm Granzow, sen., Ohmann.

KAPD., 7. Bezirk, Charlottenburg.

Am Freitag, dem 11. November, abends 8 Uhr, wichtige **Mitgliederversammlung.** Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Mitgliedskarten mitbringen. **Lokal Jesolowiz, Galvanistraße 7.**

•

Schöneberg.

Oeffentlicher Diskussionsabend, am Freitag, dem 11. November, abends 8 Uhr, im Lokal Schünemann, Sedanstr. 19-20. Thema: Die letzten Ereignisse in Rußland und die Arbeiterklasse. Genossen, erscheint zahlreich.

•

Union Groß-Berlin.

Mittwoch, den 16. November (Bußtag), vorm. 9 Uhr

Allgemeine Mitglieder-Versammlung

in den Concordia-Sälen, Andreasstraße 64.

*) Wir beginnen hier mit dem Abdruck des ersten Referats, das auf der Zentral-Ausschuß-Sitzung gehalten wurde.

8. Jahrg. Nr. 88

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pfg.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13. Telephon-Nr.: Moritzplatz 7832.

Berlin, 13. November 1927

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Bln. SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1.30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Was lehrt der Freitod der Köpenicker roten Frontkämpfer?

In Cöpenick haben drei junge Frontkämpfer ihrem Leben gewaltsam ein Ende gemacht. Nur einer hat nicht ganz richtig getroffen, und demonstriert voraussichtlich diese Tragödie dadurch weiter durchs Leben, daß er sein Augenlicht einbüßte, und so im wörtlichsten Sinne des Wortes „mit Blindheit geschlagen bleibt" im physischen Sinne nur, aber leider sein wie symbolisch, daß dieser Heroismus kein Ausweg aus dem Irrweg revolutionärer Arbeiter ist.

Aus dieser Episode — denn um eine solche handelt es sich, gemessen an dem gigantischen Ringen der Arbeiterklasse— sucht die sozialdemokratische Partei Kapital zu schlagen. Sie meint, daß diese roten Frontkämpfer den Glauben an die Revolution verloren, und den Weg zur Sozialdemokratie nicht zurückfinden konnten, weil die KPD. ein „konstruktiven Sozialismus" der Sozialdemokratie versperrte, und so den jungen Revolutionären des wirklichen Ausweg versperrt hätte. Und da dieser Partei des „konstruktiven Sozialismus" kein Mittel zur schmutzig ist, müssen die Tat und ihre Tat gleich zur Propaganda für die sozialdemokratische Werbewoche herhalten. Ueber eine solche „sozialistische" Gesinnung ein weiteres Wort zu verlieren, oder zu beweisen, daß von dem gesamten Redaktionsstab der sozialdemokratischen Presse ein einziger, der weder Sozialismus noch wie Tucholsky nach Athen fliegen, wenn nur jener, die an den Sozialismus glaubt, in sozialdemokratischen Zeitungen schreiben dürften, dann würde mit einem Schlage keine sozialdemokratische Zeitung mehr erscheinen. Die Stampfer, Wels, Noske, Hilferding und Kuttnauer, brauchen keinen Glauben an den Sozialismus, ihnen ist ohne ihn so kannibalisch wohl wie fünfmalhunderttausend Säuen. Ihr Glaube, das ist der Glaube an die Konterrevolution, und gerade der zeitweilige Triumph des „Sozialismus" dieser reformistischen Konterrevolution hat den drei Genossen den Rest gegeben. Das Geheul dieser Hyänen des proletarischen Klassenkampfes ist ebenso wohl, wie das über die eigenen Opfer, die sie gemeinsam mit der schwarzweißroten Konterrevolution im Krieg und in der Revolution erledigten — ohne daß ihnen die letzteren Skrupel kamen.

Der Freitod von Revolutionären ist weniger selten, als gemeinhin angenommen wird. Rosa Luxemburg war in jenen historischen Tagen, als die Sozialdemokratie von dem Imperialismus kapitulierte, dem Selbstmord nahe.

Die Sozialdemokratie hat anläßlich des Freitodes Hehn-ch Teubers, eines eifrigen Mitarbeiters der linkssozialdemokratischen Presse, kein Wörtlein diesem Genossen gewidmet, der ein Menschenalter im Dienste der sozialdemokratischen Bewegung stand. In seinen Aufsätzen in dem Levischen Korrespondenzblatt, das die linkssozialdemokratische Presse für sich benützt, ist die schärfste prinzipielle Kritik gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften enthalten. Seine Aufsätze über die Bergarbeiterbewegung brachte die ganze Gewerkschaftsbonzekritik gegen ihn auf. Seinem Ausschluß aus den Gewerkschaften folgte der Ausschluß aus der Partei. Da ging er — der fünfzigjährige Bergarbeiter — hin und warf sein Leben freiwillig fort.

Daß der Freitod eines Revolutionärs kein Ausweg ist, ist eine allgemein anerkannte Wahrheit, aber keine Antwort. Wie jedes Ereignis, daß mit dem Klassenkampf irgendwie zusammenhängt und seine spezifische Bedeutung bekommt unter den gegebenen Umständen und konkreten Verhältnissen, so auch hier. Diese besonderen Umstände und Verhältnisse sind es, die gewürdigt werden müssen, weil aus ihnen heraus, und aus ihnen bedingt die Schüsse losgingen, die diese drei jungen Kämpfer niederstreckten.

Die Tat der drei jungen Revolutionäre ist gerade in der Geschichte der III. Internationale nicht verwitzelt. Schon Zetkin konnte man in Rußland von einer tatsächlichen Selbstmordepidemie reden. Der Widerspruch zwischen den ursprünglichen Prinzipien der III. Internationale und der später immer schärfer hervortretenden, diesen Prinzipien entgegengesetzten, Praxis erzeugt in den Menschen, die diesem Widerspruch ausgesetzt sind, notwendig eine sich bis zur Unerträglichkeit steigernde Spannung. Entweder sie werden korrumpiert, oder sie nehmen den Kampf um die Prinzipien von neuem auf, und setzen sich einer Uebermacht entgegen, oder sie erliegen diesem Widerspruch dadurch, daß es Kurzschluß im Gehirn gibt. Dieser Widerspruch wirkt sich auch in den Sektionen der III. Internationale aus und die bolschewistische Partei ist davon nicht überrascht. So schrieb die „Prawda" vom 23. Mai 1924 anläßlich des Selbstmordes von Lutowinow, eines alten Bolschewisten, der jahrzehntelang im Dienst der Arbeiterbewegung stand:

„Manchmal ist eine kleine, nicht vielsagende Tatsache für einen festen, bewährten Genossen der Beweggrund für einen Selbstmord . . . Wir werden um einzelne Fälle von Selbstmorden in den Reihen des kommunistischen Jugendbundes nicht herumkommen . . . Es ist notwendig, Maßnahmen gegen die Selbstmorde zu treffen. Wir können das Tempo der Revolution nicht ändern. Diese krankhaften Erscheinungen können wir aber bis zu einem gewissen Grade überleben."

Es handelt sich also nicht um Einzelfälle, sondern um eine Epidemie, wie die Prawda selbst bestätigt.

Verschärft wird in den Ländern hochkapitalistischer Entwicklung dieser Widerspruch außerdem noch durch die speziellen Bedingungen, die aus dem Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise herauswachsen. Diese Produktionsweise macht den Menschen zur Maschine, unterwirft den Menschen den Notwendigkeiten kapitalistischer Profiterzeugung. In der Periode der Reaktion werden die breiten Massen auch ideologisch diesen Notwendigkeiten unterworfen. Die Notwendigkeit wird ihnen zur Gewohnheit, die Gewohnheit letztes Endes zur Regel und zum Lebensprinzip. Die Arbeitskraft ist Ware, die Liebe ist Ware, der „Sozialismus" ist Ware. Das gesellschaftliche Verhältnis der Menschen untereinander ist Kampf aller gegen alle, je stärker die Widersprüche des Kapitalismus ausreifen, desto elementarer die Jagd nach dem „Glück". Alle Energien des Proletariats, sich gegen dieses System aufzulehnen, scheinen verschüttet. Nur wenige sehen, daß dieses Fieber den neuen Sturm bereits ankündet. Nur wenige sehen die tiefen gesellschaftlichen Kräfte, die neue revolutionäre Erschütterungen über kurz oder lang herbeiführen müssen. Nur jene halten stand, die nicht nur glauben, sondern wissen, daß der Kommunismus keine Utopie, sondern eine gesellschaftliche Notwendigkeit ist.

Diese Bedingungen in die Hirne der Arbeiter einzuhämmern, das ist in Deutschland und auch in den anderen kapitalistischen Ländern gründlich unterblieben. Nur die KAP. blieb dem Kommunismus unter den schwierigsten Umständen treu. Die Propaganda der III. Internationale konnte und kann den Arbeitern nicht die Wahrheit sagen. Der kapitalistische Aufbau in Rußland erlaubt keinen Kampf gegen den Kapitalismus selbst. Diese elementarste Grundwahrheit wurde totgeblasen mit Schalmeien, wurde überdeckt mit roten Tüchern und Wimpeln, wurde totgesungen mit revolutionären Liedern. Aber die Wahrheit bricht sich Bahn. Die Logik des Leninismus führt zur Sozialdemokratie trotz aller künstlich gezüchteten Revolutionsromantik. Die organisatorische Scheidewand trennt nur noch den rechten von dem linken Flügel der Sozialdemokratie. Die Erfolglosigkeit der Politik der III. Internationale spricht selbst und zerbricht laut. In Rußland verlassen die Weißgardisten die Kerker, und revolutionäre Arbeiter nehmen ihren Platz ein. Angesichts solcher nicht zu leugnenden Tatsachen mag Pieck in der Roten Fahne noch so viel über „Kommunismus" schreiben; er konnte ebensogut über Viehzucht oder Sternenkunde schreiben; das Verhältnis der III. Internationale zu letzteren ist dasselbe wie das zum Kommunismus. Der Kommunismus ist ihnen Mittel für die Rechtfertigung einer nichtkommunistischen Politik.

(Fortsetzung Seite 2.)

Die Kritik des Reparationsagenten

Der Reparationsagent ist über alle Kontrolle der Gläubigerstaaten die Entwicklung der deutschen Wirtschaft. In dieser Eigenschaft hat er sein Memorandum am 20. Oktober 1927 der Reichsregierung überreicht. Er steht der Konjunktur des Jahres 1927 durchaus mißtrauisch gegenüber. Ihr künstlicher Charakter liegt für ihn ganz klar. Er erkennt, daß die zunehmende Verschuldung der öffentlichen Körperschaften die Basis ist, an der sich die Konjunktur aufbaut. Daraus ergeben sich für ihn auch die Folgen dieser Politik als eine Gefahr für die Erfüllung der Reparationsschuld. Sie führt zur Steigerung der Produktionskosten, verhindert die Kapitalsakkumulation und schraubt die Preise für alle Waren indes auch für die Lebensmittel in die Höhe. Dadurch wird die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals auf dem Weltmarkt in Frage gestellt. Der Export geht zurück und mit ihm fällt auch die Möglichkeit einer Realisierung der Reparationsleistungen, der Uebergang von den Sachleistungen zum sog. Transfer fort.

Da der Binnenabsatz schon seit Juli 1927 übersättigt ist, so muß man bei dieser Entwicklung mit einer außerordentlich scharfen Krise und anschließenden großen Arbeitslosigkeit rechnen. Angesichts dieser sicheren Entwicklung, die zu großen Einschränkungen der Haushalte des Reichs, der Länder und Kommunen führen müßte, ginge das deutsche Kapital im Gegenteil dazu über, die Ausgaben durch die Beamtenbesoldungsreform, das neue Schulgesetz und das Liquidationsschadengesetz ungeheuer zu steigern. Eine Deckung für diese Ausgaben, die ohne das Schulgesetz 2 Milliarden ausmachen, sei nicht vorhanden. Durch innere und äußere Anleihen sowie durch den steigenden Notenumlauf der Reichsbank sei sowieso schon eine kaum tragbare Ueberbelastung der deutschen Wirtschaft eingetreten, die unfehlbar Rückschläge und Depressionen mit sich bringe und eine erhebliche Gefahr der Stabilität der deutschen Wirtschaft bilde.

Eine besonders scharfe Kritik übt der Reparationsagent an dem Finanzwesen der Länder und Gemeinden, die generell über ihre Mittel leben. Im Inland seien die von ihnen aufgenommenen Anleihen doppelt so hoch wie die der Industrie und des Handels, während sich die Auslandsanleihen, von Anfang 1925 an gerechnet, ausgleichen. Er verlangt daher eine Reichskontrolle über das Finanzwesen der Länder und der Selbstverwaltungskörper.

Das Memorandum des Reparationsagenten ist der Ausdruck einer sehr scharfen Spannung zwischen dem Reparationsagenten und dem deutschen Kapital. Die D. A. Z. erklärt dazu, daß die Gegensätze außerordentlich groß seien und das Reparationsproblem doch die Achse sei, um die sich die deutsche Wirtschaft und Finanzpolitik drehe. Mitten in die Hochkonjunktur und in die Zeit des stärksten Machtbewußtseins des deutschen Kapitals über den vollzogenen Wiederaufbau mit die Drohung des anglo-amerikanischen Kapitals mit einer Kreditsperre. Die Geldknappheit wird von Tag zu Tag größer, die Gefahr einer Kündigung der kurzfristigen Kredite wächst. Es bleibt daher dem deutschen Kapital nichts weiter übrig, als sich rest- und bedingungslos zu fügen. Es muß seine künstliche Konjunktur liquidieren und den Reparationsgläubigern die verlangte erste Stelle einräumen und die notwendigen Sicherheiten durch eine auf Steigerung des Exports eingestellte Wirtschaftspolitik geben. Die wachsende Verschuldung war bisher ausschließlich einer Steigerung des Binnenzinsfußsatzes ausgesetzt, so daß die Früchte des mit ausländischem Kredit herbeigeführten Rationalisierungs der deutschen Wirtschaft allein dem deutschen Kapital [illegible] so die Akkumulation im Lande. [illegible] durch hohe Inlandszinsen, verbunden [illegible] politik, erzielt. Die Ausfuhr [illegible] soweit erhöht, als es der Schuldnerschaft durch Hereinnahme der Auslandsanleihen erforderte. Die Zinsgestaltung [illegible] stark passiv. Gerade [illegible]